

Rentenreform, Studiengebühren, magere Lohnrunden...



Die Politiker behaupten, dass man mit durchschnittlichen 4.200 Mark Bruttoverdienst pro Arbeitnehmer locker über die Runden kommen könnte. Selbst ein Sozialhilfesatz von 1.858 Mark im Monat für einen Alleinstehenden mit einem Kind soll zum Leben reichen. Anders sieht das offenbar die Berliner CDU-Abgeordnete Verena Butalikakis. Mit der Begründung, mit 5.600 Mark brutto plus 1.300 Mark Kostenpauschale monatlich unmöglich auskommen zu können, hat Frau Butalikakis im Mai ihr Abgeordnetenhaus-Mandat zurückgegeben.

Aron Amm

Während die Politiker sich ihre Diäten regelmäßig erhöhen, die großen Aktionäre mit ihren Dividenden von Rekord zu Rekord eilen und Schröder sich als „Kanzler des Aufschwungs“ feiern lassen möchte, wird bei uns an allen Ecken und Enden gekürzt: Benzinsprexplosion, Studiengebühren, Privatisierungen, magere Lohnrunden, Sparmaßnahmen im Gesundheitswesen, Rentenreform... Allein die Rentenpläne der rot-grünen Bundesregierung werden jeden von uns monatlich mehr als hundert Mark kosten. Vier Prozent vom Bruttoeinkommen soll in die private Vorsorge gezahlt werden. Das sind

bei 3.000 Mark brutto 120 Mark, bei 4.000 Mark 160 Mark.

Wir leben in einer Klassengesellschaft. Auf der einen Seite die Klasse der Kapitalisten, derjenigen, die das Geld, das Kapital haben, denen die Banken, die Fabriken gehören. Auf der anderen Seite die arbeitende Bevölkerung - alle diejenigen, denen nichts bleibt als ihre Arbeitskraft, die sie auf dem Markt verkaufen müssen. Eines muss man den Herrschenden lassen: sie setzen sich mit allen Mitteln für ihre Klasseninteressen ein. Davon kann bei der Gewerkschaftsführung heute nicht die Rede sein: ob die diesjährigen Tarifrunden, bei denen die Kampfkraft nicht genutzt wurde, oder der Vorschlag vom DGB-Vorsitzenden Schulte, über die 50-Stunden-Woche nachzudenken.

Der Klassenkampf verläuft derzeit einseitig. Auch auf der politischen Ebene haben die Stihls und Hundts leichtes Spiel. Rotgrün hat den Ehrgeiz, die Umverteilungspolitik der Kohlregierung noch in den Schatten zu stellen. Bei der Tarifrunde im öffentlichen Dienst wollte die SPD mit der harten Linie von Innenminister Schily ihre Verlässlichkeit für die Arbeitgeber demonstrieren. Leider ist auch von der PDS nicht viel zu erwarten. Der sächsische PDS-Chef Peter Porsch hielt kürzlich eine hundertprozentige Anglei-

chung der Ost-Tarife an das Westniveau nicht für möglich. Eine einheitliche Bezahlung im öffentlichen Dienst würde angesichts der leeren Kassen nur auf einem Niveau denkbar sein, indem die Gehälter der westdeutschen Beschäftigten auf etwa 97 Prozent gekürzt würden (Berliner Zeitung vom 8.6.00).

Mit dem Gerede vom „Gürtel enger schnallen“ muss Schluss sein. Wir sind bereits am letzten Gürtelloch angelangt. Damit wir uns erfolgreich gegen den sozialen Kahlschlag zur Wehr setzen können, ist es höchste Zeit, eine entschlossene Opposition in den Gewerkschaften aufzubauen. Die SAV unterstützt die „Gewerkschaftslinker“ und das „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV“. Aus den Gewerkschaften müssen wieder Kampforganisationen werden. Darüber hinaus ist der Aufbau einer neuen Arbeiterpartei das Gebot der Stunde. Die Reichen und Superreichen haben viele Parteien, die für ihre Interessen eintreten. ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche haben keine eigene Partei. Wir brauchen Organisationen, die nicht auf bessere Zeiten warten, sondern den Kampf aufnehmen gegen die Offensive des Kapitals. Genau das hat sich die SAV auf die Fahnen geschrieben. ■

Privater Reichtum - öffentliche Armut:

- Nach der Rover-Pleite muss BMW in München und drei weiteren Städten in Bayern zum „Ausgleich“ keine müde Mark Gewerbesteuer mehr zahlen. BMW spart mindestens eine halbe Milliarde Mark dabei. Dabei betrug die Gewinnrücklage des Konzerns 1998 noch 7 Milliarden Mark. (junge welt vom 16.5.00)
- Bei einem 1999 erzielten Rekordgewinn von 21,5 Milliarden Betriebsgewinn bezahlt DaimlerChrysler keinen Pfennig Ertragssteuern. (direkt 1/ 2000)
- Durch legale Steuerschlupflöcher verlieren die Finanzämter jährlich 130 Milliarden Mark, durch illegale Steuerhinterziehung 190 Milliarden. (metall 10/99)
- Wäre der Anteil der Unternehmenssteuer am gesamten Steueraufkommen noch so hoch wie 1980, wären jährlich 100 Milliarden Mark mehr in den Staatskassen. (WSI)

Privatisierung
Erfolgreiche Gegenwehr der ÖTV Kassel

Seite 3

Bundeswehr
Sterben für DaimlerChrysler?

Seite 4

Trotzki
Leben und Werk des russischen Revolutionärs

Beilage

China
Folgen der Marktpolitik

Seite 5

Bomben auf Belgrad

Am 23. März 1999 begann die NATO einen 79 Tage dauernden Krieg gegen Rest-Jugoslawien. In dieser Zeit flogen Bomberverbände der NATO 15.000 Angriffe auf Ziele in Serbien und im Kosovo. Erstmals seit dem zweiten Weltkrieg beteiligten sich deutsche Einheiten an einem Krieg.

Ein Jahr nach Kriegsende haben sich alle Rechtfertigungsversuche der rot-grünen Bundesregierung für eine Kriegsbeteiligung als Lügen erwiesen. Den Hufeisenplan, der angeblich die generalstabsmäßige Vertreibung der albanischen Bevölkerungsmehrheit im Kosovo vorsah, hat es nie gegeben. Er ist eine Erfindung des Amerikanischen Geheimdienstes. Die Verbrechen Milosevics sollen hiermit nicht geleugnet werden, aber es gab keine Konzentrationslager und keine systematische Massenvernichtung von Albanern, wie von Scharping behauptet wurde.

Systematische Propagandalügen

Vor und während des Krieges sprachen deutsche und amerikanische Regierungsstellen von 10.000 bis 100.000 Opfern unter den Kosovo-Albanern, die Anzahl der tatsächlich ermittelten Toten lag bis November 1999 bei 2000. Alle Vergleiche Milosevics mit Hitler dienten der politischen Propaganda. Unter dem Vorwand, eine humanitäre Katastrophe verhindern zu wollen, wurde ein imperialistischer Krieg geführt. Dahinter standen die Interessen Amerikas und der Staaten Europas, Ruhe auf dem Balkan haben zu wollen, selbst um den Preis, dass es sich dabei um Friedhofsruhe handeln würde. Gleichzeitig bot ihnen das die Gelegenheit, ihren militärischen Einfluss bis auf den Balkan auszuweiten und einen Präzedenzfall für Interventionen ohne den Segen

des Weltsechtersrates, also ohne die imperialistischen Mitkonkurrenten China und Russland, zu schaffen.

Krieg – nie mehr ohne Deutschland

Die Herrschenden in Deutschland, die Großindustrie und ihre politischen Marionetten in Berlin, nutzten die Gelegenheit, um sich an der Seite der USA als vollwertige imperialistische Macht aufzuschwingen und alle Einschränkungen außenpolitischer Handlungsfähigkeit nach dem Zweiten Weltkrieg abzuschütteln. Gleichzeitig stellten der ehemalige Linke Fischer seine politische Läuterung zum Diener und willigen Werkzeug der Kapitalisten unter Beweis.

Krieg gegen Zivilisten

Sowohl in den USA, als auch in Deutschland gab es keinen Rückhalt in der Bevölkerung für diesen Krieg, aber auch kaum entschlossenen Widerstand dagegen. Das hätte sich geändert, wenn auf Seiten der Angreifer Opfer zu beklagen gewesen wären. Um das zu vermeiden, beschränkten sich die Angreifer auf feigen Luftterror, bei dem zivile Ziele gleichberechtigt neben militärischen angegriffen wurden und Opfer an der Zivilbevölkerung in Kauf genommen wurden. Schätzungen sprechen von 5000 gefallenen serbischen Soldaten sowie 1500 getöteten Zivilisten. 57 Prozent der Treibstoffreserven des Landes wurden beschädigt oder vernichtet, fast alle wichtigen Straßen und Brücken wurden bombardiert, mehrere Hunderttausend Arbeiter haben ihre Lebensgrundlage verloren, weil ihre Firmen zerstört wurden, mehrere Krankenhäuser wurden beschädigt sowie die Schulen von etwa 100.000 Kindern wurden zerstört. Wirtschaftliche Berechnungen er-

gaben, dass Jugoslawien 45 Jahre brauchen wird, nur um zu dem bescheidenen Wohlstand zurückzukehren, den das Land 1989 kannte.

Rückschlag für freies Kosovo

Während des Krieges unterstützte die UCK und die kosovo-albanische Bevölkerung den Angriffskrieg der NATO gegen Jugoslawien. Wir wiesen schon damals darauf hin, dass auf den Krieg eine dauerhafte Stationierung von NATO-Einheiten im Kosovo folgen würde, die die Unabhängigkeit des Kosovo in weitere Ferne rücken wird (VORAN 204, Wie weiter auf dem Balkan?). Ebenso prognostizierten wir, dass nach Kriegsende die verbleibenden Serben im Kosovo zur unterdrückt und verfolgten Minderheit würden.

Heuchelei

Die NATO führte angeblich Krieg, um Massen-Vertreibungen zu verhindern. Seit Kriegsende sind etwa 200.000 Serben und Angehörige anderer Minderheiten aus dem Kosovo vertrieben worden. Die NATO vor Ort sieht tatenlos zu. Von den 160.000 Kosovo-Flüchtlingen in Deutschland sind inzwischen 30.000 in unsichere Gebiete ausgewiesen worden, von denen 692 zwangsweise abgeschoben wurden.

Den serbischen Soldaten, die dem Aufruf der NATO zur Desertion aus Milosevics Armee folgten, wird bisher die Aufnahme in westliche Ländern verweigert.

Welche Lehren hat die rot-grüne Bundesregierung aus dem Krieg gezogen? Sie bauen die Bundeswehr für künftige Kriegseinsätze zu einer Interventionsarmee um.

Johannes Bauer, Köln

unser standpunkt

Expo 2000

Toter Fisch im Mondschein

Welttoffen – so will sich Deutschland mit der Expo präsentieren. Gleichzeitig laufen in Deutschland die Abschiebungen von Flüchtlingen in Folterstaaten wie die Türkei weiter. Das ist nur einer der Widersprüche zwischen Anspruch und Wirklichkeit im Land der Weltausstellung. Tolerant wolle man sich der Welt darstellen. Aber in der Expo-Stadt Hannover werden arme Menschen mit rigiden Polizeigesetzen aus der Innenstadt ferngehalten. Jugendliche, die am Tag der Eröffnung gegen die Expo demonstriert hatte wurden festgenommen und über Nacht in zu Kaffigen umgebauten, unbestuhnten und ungeheizten Garagen eingepfercht.

Der Bremer Bürgermeister Henning Scherf tonte, auf dieser Weltausstellung präsentiere sich das neue, wiedervereinigte Deutschland „ohne Nationalismus, ohne Militär“. Doch zur selben Zeit beschloss die Bundesregierung, in den kommenden Jahren 20 Milliarden für neue Waffen auszugeben.

Als ein Land von „Fröhlichkeit“ will Deutschland den Expo-BesucherInnen in Erinnerung bleiben. Statt Fröhlichkeit ist aber Profittüchtigkeit angesagt: Das fängt mit den hohen Eintrittspreisen an und hört beim Preis von 7,50 Mark für den Verzehr einer Bratwurst auf dem Ausstellungsgelände noch nicht auf. Auch wer gar nichts mit der Expo am Hut hat, bekommt sie trotzdem zu spüren: Die Bahn erklärte kurzerhand das „Schöne-Wochenendticket“ im Großraum Hannover für ungültig. Im Widerspruch zur jahrelangen Jubelpropaganda über den angeblichen Kassenschlager Expo stehen die tiefen Lächer, die die Expo in der öffentlichen Kassen reißen wird: Selbst bei einer Besucherzahl von 150.000 pro Tag käme immer noch am Ende ein Defizit von über eine Milliarde Mark heraus. Das wird dann der breiten Masse der Bevölkerung in Form weiterer Kürzungen aufgebremst.

Die Weltausstellung ist aber auch in an-

derer, umfassender Hinsicht ein großer Bluff: Auf der Grundlage der Weiterentwicklung von Computer- und Internet-Technologie werden Visionen einer schönen Zukunft vorgestellt. Doch hier könnte der Widerspruch zwischen Möglichkeiten und Wirklichkeit schon heute kaum größer sein. Im Zeitalter der Kommunikationstechnologie haben 72 Prozent der Weltbevölkerung noch nie in ihrem Leben einen Telefonanruf getätigt. Im Zeitalter der Informations-Technologie leben eine Milliarde Menschen als Analphabeten.

Jeden Tag werden neue Maschinen entwickelt, die uns das Leben angenehmer machen könnten. Stattdessen sollen wir sogar noch schneller arbeiten, oder wir werden arbeitslos und arm. Statt von Tag zu Tag leichter zu werden wird das Leben schwerer. Und es wird gefährlicher. Auf der Expo werden Politik und Wirtschaft auch für die Gen-Technik. Da lohnt es sich vielleicht daran zu erinnern, dass bei der ersten Weltausstellung nach dem 2. Weltkrieg, 1958 in Brüssel, ein zentrales Thema die Kerntechnik war. „Bilanz der Welt – für eine menschlichere Welt“ war das Motto der Ausstellung damals. Heute drohen den Menschen durch Atomkraftwerke und Strahlenmüll unkalulierbare Gefahren.

Der Widerspruch zwischen dem schönen Schein und der harten Wirklichkeit, dem man im Zusammenhang mit der Weltausstellung Expo ständig begegnet, ist nicht zuletzt Ausdruck des Widerspruchs zwischen den gewaltigen Möglichkeiten auf der Grundlage moderner Technik und den erbärmlichen Ergebnissen zu denen das kapitalistische Profitsystem führt. Das alles erinnert an einen Satz aus dem Film „Eins, zwei, drei“ von Billy Wilder: „Der Kapitalismus ist wie ein toter Hering im Mondschein: Er glänzt, aber er stinkt.“ Fazit: Nicht nur die Expo sondern auch das ganze Profitsystem kann man in die Tonne drücken.



Für ermordete Zivilisten haben die Kriegstreiber das Wort Kollateralschaden eingeführt.

Leserbrief

Leserbrief zum Artikel über das Betriebssystem Linux in VORAN 215

Liebe Redaktion, in ihrer letzten Ausgabe von Voran musste ich feststellen, dass Georg Lohmeyer den Kapitalisten zumindest ein bisschen auf den Leim gegangen ist. Zwar ist korrekt, dass die Organisation der Entwicklung von Linux zeigt, was ohne die Bremse des Konkurrenzkampfes möglich ist. Im Artikel klingt jedoch weiterhin an, dass eine Heerschar von Programmierern auf der ganzen Welt vollkommen uneigennützig programmiert, quasi mit sozialistischem Instinkt. In Wahrheit jedoch sprechen zwei Fakten gegen diese These:

1. Der Großteil dieser Arbeit wird von MitarbeiterInnen von Serviceunternehmen der Computerbranche geleistet. Diese werden genauso wie alle ArbeiterInnen ausgebeutet von Unternehmern. Der Unterschied zu Microsoft ist nur, dass diese Unternehmer durch die Konkurrenz zwischen Softwareproduzenten nichts gewinnen, sondern nur Probleme haben. Die Entwicklung und Distribution von Linux selbst steht also in Konkurrenz zu Firmen wie Microsoft, Gewinner ist in jedem Fall ein Kapitalist.

2. Die Installation und Bedienung von Linux setzt ein recht hohes Wissen voraus. Die Entwickler wissen, dass nicht jeder darüber verfügt. Ein System könnte auch vom Start weg trotz der anderen Art der Entwicklung einfach sein. Andere, herkömmlich produzierte Systeme, sind das zum Teil auch (z. B. Mac OS). Der Sinn davon kann also nur sein, möglichst viele BenutzerInnen von vornherein auszuschließen. Natürlich will das Computer-Serviceunternehmen nicht, dass Kunden ihre Probleme selbst lösen können.

Ich appelliere daher an die Voran-Redaktion, Linux in Zukunft nicht mehr als Software-Vorhut des Sozialismus anzupreisen, denn ebenso könnte man Werbung für Software-Serviceunternehmen machen. Tatsächlich kann diese Debatte aber in eine andere Richtung gelenkt werden. Die Frage des Urheberrechts als Knebel aller Entwicklungen und Verbesserungen etwa oder die rasante Entwicklung in der Entwicklung von Computertechnik als Garant für hohe Ausgaben, zu sehen als Subvention für Hard- und Softwarefirmen.

Ich würde mich über zukünftige Debatten in diese Richtung sehr freuen. Karl Baumann

Welche Farbe hat Strom?

Immer mehr Stromanbieter werben im hart umkämpften Strommarkt mit sogenanntem Ökostrom. Doch hierbei handelt es sich in aller Regel um eine Mogelpackung. Durch die Liberalisierung des Energiemarktes mag der Strom gelb werden, grün wird er auf jeden Fall nicht!

So werben beispielsweise die Bayernwerke mit Strom aus Wasserkraft unter der Bezeichnung „aquapower“. Der Naturschutzbund Deutschland weist jedoch daraufhin, dass ein Großteil dieses Stroms aus den Atomkraftwerken an Isar und Donau stammen (Atomkraftwerke werden ja auch mit Wasser gekühlt). Die großen Konzerne haben kein Interesse an einem ökologischen Umbau der Energieversorgung. Sie sind vom Gesetzgeber dazu verpflichtet fünf Prozent des Stroms aus regenerativen Quellen zu speisen, dies versuchen sie beim ökologisch bewussten Verbraucher in Rechnung zu stellen – mehr nicht.

Ökologischer Umbau der Energieversorgung

Dabei wäre alles so einfach. Seit mindestens zehn Jahren liegen Konzepte auf dem Tisch, mit denen die Energieversorgung in Deutschland umweltverträglich umgestaltet werden könnte. Diese Konzepte basieren im wesentlichen auf drei Säulen: Verminderung der Menge nachgefragter Energiedienstleistungen (Energiesparen), Verminderung der Energiezufuhr je Energiedienstleistung (effiziente Technologien) und Deckung der verbleibenden Energienachfrage über erneuerbare Energien (Wind, Wasser, Sonne, Biomasse). Nach Berechnungen des

Öko-Instituts Freiburg von 1995 existiert auf dem gegenwärtigen Stand der Technik in Deutschland ein Energieeinsparpotential von 50-80 Prozent. Der restliche Energiebedarf könnte perspektivisch durch erneuerbare Energieträger gedeckt werden. In der Übergangszeit, in denen die Möglichkeiten der erneuerbaren Energien technisch noch nicht vollständig ausgeschöpft werden können, kommt es vor allem darauf an, bei der Stromerzeugung die sogenannte Kraft-Wärme-Kopplung (Nutzung der bei der Stromerzeugung abfallenden Wärme als Fernwärme) zu nutzen.

Im Zusammenhang mit der Umstellung von kohlenstoffreichen auf kohlenstoffarme Energieträger könnte man bei konsequentem Einsatz dieser Technik eine CO₂-Reduzierung von rund 1 Million t pro Jahr in der BRD erreichen. Dafür wäre aber eine starke Dezentralisierung notwendig. Die Kraft-Wärme-Kopplung wird in sogenannten Blockheizkraftwerken (BHKW) in relativ kleinen, nah beim Verbraucher stehenden Einheiten von 0,5 bis 10 Megawatt angewendet, hierdurch kann der eingesetzte Brennstoff um rund 25 Prozent besser ausgenutzt werden. In ländlichen Gebieten bietet sich die Nutzung von Biomasse an, an der Küste die Wind- und Gezeitenenergie und in städtischen Gebieten die Photovoltaik (Solarzellen).

Liberalisierung verhindert Ökostrom

Genau diese notwendige Dezentralisierung wird nun aber durch die Liberalisierung der Energiemärkte verhindert. Gerade kleine Anbieter und kommunale Stromerzeuger (90 Prozent aller

BHKW sind in kommunaler Hand) werden nun niederkonkurriert oder aufgekauft. In Deutschland wird erwartet, dass sich die Zahl der Energieversorger in den nächsten Jahren zumindest halbieren wird. Durch die aggressive Preispolitik der Großkonzerne, bis jetzt im Schnitt 20-30 Prozent Preisnachlässe, vor allem für Großverbraucher, werden die dezentralen Energien geschwächt.

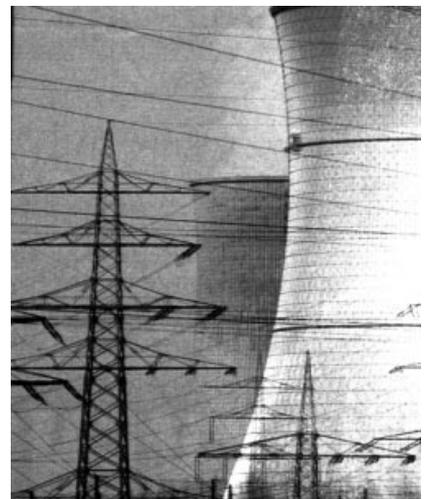
Neue Monopole – steigende Preise

Ist der Markt einmal bereinigt, d.h. haben die großen Fische die

kleinen gefressen, werden die neuentstandenen, von niemandem mehr kontrollierbaren, Monopole die Preise wieder anziehen.

Wie die enorme, von keinem bürgerlichen Politiker erwartete, Nachfrage nach dem 100.000-Solardächerprogramm der Bundesregierung gezeigt hat, ist der Wunsch in der Bevölkerung nach einer alternativen Energieversorgung groß. Sie wird allerdings gegenwärtig durch eine an den Profitinteressen der Großkonzerne orientierten neoliberalen Energiepolitik verhindert.

Lorenz Blume, Kassel



Die „Liberalisierung“ der Strommärkte führt dazu, dass wenige Mega-Konzerne noch mehr Macht bekommen

Kasseler ÖTV macht mobil Hände weg vom Klinikum!



Ihr da oben ...



Fliegende Sandsäcke

Die Vereinigten Arabischen Emirate haben für ihre Expo-Präsentation mehrere tausend Säcke original Wüstensand per Flugzeug nach Hannover einfliegen lassen. Ein bemerkenswertes Beispiel dafür, wie ernst es den Welt-Ausstellern mit dem Klimaschutz ist.

Leere Kassen?

Die öffentlichen Kassen sind angeblich immer leer – außer manchmal: Im Mai beschloss der Verteidigungsausschuss des Bundestages nämlich die Anschaffung von 134 neuen Militärhubschraubern. Kostenpunkt: 6,8 Milliarden DM. Die SPD-Grüne-Regierung will darüber hinaus 12 Milliarden DM für den Kauf von Großraumflugzeugen ausgeben, um zukünftig schneller Bundeswehrsoldaten zu Einsätzen in aller Welt transportieren zu können. Eine weitere Milliarde fließt in die Entwicklung eines Spionage-Satelliten. Mit dem Geld könnte man auch marode Schulgebäude sanieren, Kindergärten und -horter bauen und noch viele weitere nützliche Dinge tun. Vielleicht kommt es bei den Ausgaben nur auf die Reihenfolge an.

Vorteil Euro?

Mit der Einführung des Euro im bargeldlosen Zahlungsverkehr gibt es technisch keinen Unterschied mehr zwischen einer Inlands- und einer Auslandsüberweisung in eines der elf Euro-Länder. Doch die Bankgebühren für Auslandsüberweisungen, besonders bei kleineren Summen, bleiben hoch. Für die Überweisung von 100 Euro (195,58 DM) kassieren deutsche Banken im Durchschnitt 13,78 Euro (26,95 DM). (KStA, 24.5.00)

Sozialdetektive

Etliche Gemeinden schicken inzwischen „Sozialdetektive auf Schnüffeltour, um den ach so dramatischen Missbrauch von Sozialleistungen zu bekämpfen. Dazu ein paar Zahlen: nach Erhebungen des Statistischen Bundesamtes beträgt der zu Unrecht bezogene Teil 2 Prozent der Gesamtausgaben. Das entspricht 283 Millionen Mark im Jahr. Aus Unkenntnis oder Scham verzichten aber arme Menschen auf jährlich 4,5 Milliarden DM an Leistungen. Gleichzeitig entgehen dem Staat durch Steuervermeidung und -hinterziehung insbesondere von reichen Einkommenssteuerpflichtigen jährlich 130 Milliarden Mark. Vorschlag: Statt Sozialschnüffler in die Wohnungen der Sozialhilfeempfänger zu schicken, sollten städtische MitarbeiterInnen Bedürftige über ihre Rechte aufklären. Die „Sozialdetektive“ könnten sich mal ein wenig in den Villen der Millionäre umsehen und prüfen ob sie wirklich so arm sind, wie sie bei ihren Steuerzahlungen weismachen wollen. (Zahlen aus: „Sozialcourage Special“)



...wir da unten

Der ÖTV-Hauptvorstand verteidigt nicht mehr das öffentliche Eigentum. Die Gewerkschaftsführung versteht sich bei Privatisierungen inzwischen als „Mitgestalter“. Aber bei uns in Kassel, an der Basis, läuft es anders rum.

Steffi Nitschke, Vertrauensleutesprecherin Klinikum Kassel

Unter dem Motto „Kein Verspielen der Kasseler Gesundheitspolitik – Nein zum Verkauf des Klinikum Kassel“ leisten die Beschäftigten des Klinikum Kassel und die örtliche ÖTV Widerstand gegen die Pläne der SPD-CDU-Stadtregerung, das Klinikum zu verkaufen. Der Stadtkämmerer und SPD-Politiker Dr. Barthel wird in der lokalen Presse mit den Worten zitiert: „es gibt keine Tabus für irgendeinen Bereich“ und „es muss deutlich werden, die SPD ist die treibende Kraft“.

Doch die Beschäftigten des Klinikum sehen dies anders, für sie ist ein Verkauf Tabu.

Unsere ÖTV-Betriebsgruppe ist unverzüglich nach bekannt werden der Verkaufspläne in die Offensive gegangen. Mit Flugblättern wurden Beschäftigte und die Bevölkerung über die möglichen Auswirkungen einer Privatisierung aufgeklärt. Wir haben angefragt, dass die ÖTV eine Kundgebung vor der SPD-Unterbezirkskonferenz macht, auf der der Antrag zur Privatisierung städtischer Betriebe beschlossen werden sollte. 200 Kolleginnen und Kollegen beteiligten sich daran. Mit auferufen zur Kundgebung hatten die PDS, die SAV und das „ÖTV-Netzwerk“. An-

gelika Teweleit sprach für das „ÖTV-Netzwerk“ bei der Kundgebung: „Fast überall in Deutschland sind Privatisierungen geplant. Es ist an der Zeit ein klares Zeichen zu setzen, mit einer breiten Mobilisierung bis hin zum bundesweiten Streik im öffentlichen Dienst.“ Für diese Aussage gab es großen Beifall. Die Lokalpresse berichtete über die Kundgebung: „Dass ausgerechnet eine Gewerkschaft vor einem SPD-Treffen demonstrierte, empfanden sowohl ÖTV-Geschäftsführer Gerd Ledderhose als auch die Vorsitzende des SPD-Unterbezirks Kassel-Stadt Barbara Stollerfoht als ungewöhnlich. Als Stollerfoht sich allerdings mit den Worten „Liebe Kolleginnen und Kollegen“ an die Demonstranten wandte, erntete sie „Geh-nach-Hause!“-Rufe und schrille Pfiffe.“

Der nächste Höhepunkt unserer Antiprivatisierungskampagne war die 1. Mai Kundgebung. 200 Kolleginnen des Klinikums, nahmen zum größten Teil in Dienstkleidung an der Demo teil. Ich konnte für die Belegschaft eine Rede halten. Meine Ankündigung, „dass die Beschäftigten erst wieder Ruhe geben werden, wenn die Verkaufspläne vom Tisch sind“, wurde mit riesigem Applaus unterstützt.

Bei unserer Betriebsversammlung am 18.5. nahmen 800 Kolleginnen teil, sowie wie nie zuvor. Normalerweise kommen 200 bis 250. Die Kolleginnen brachten ihren Unmut in einer Fülle von Wortmeldungen zum Ausdruck. Es wurde sichtbar, dass die Belegschaft voll hinter dem Betriebsrat und der örtlichen ÖTV steht. Ein Kollege schilderte eindrucksvoll,

welche Ängste die Beschäftigten haben und machte klar, dass es weitere Aktionen geben muss. Dies sehen auch die Vertrauensleute so, die superaktiv sind und von denen sich jede Woche 15 zu einem Aktionskomitee treffen, um weitere Aktionen zu planen. Durch unsere Flugblätter, Plakate, Presseerklärungen und öffentlichkeitswirksame Aktionen, wie zum Beispiel wöchentliche Infostände, haben wir es geschafft, uns Unterstützung in der Bevölkerung zu sichern.

Wir haben eine Protestkartenaktion durchgeführt, mit der die Kasseler Stadtverordneten aufgefordert werden, dem Verkauf nicht zuzustimmen. Dabei bekamen wir auch Unterstützung aus Kasseler Betrieben. So sammelten allein KollegInnen der Kasseler Sparkasse fast 300 Unterschriften und auch KollegInnen von VV Baunatal unterstützen die Protestkartenaktion. Als wir die Postkarten am 5. Juni dem Stadtrat übergaben, hatten wir über 4.000 zusammen. Die Beschäftigten sind wild entschlossen, den Kampf konsequent weiter zu führen. Übrigens gemeinsam mit 75 neuen Gewerkschaftsmitgliedern, die seit dem Beginn der Kampagne in die ÖTV eingetreten sind.

Die Politiker bekommen jetzt kalte Füße und die Chancen stehen gut, dass der Stadtrat es nicht wagt, den Klinikverkauf gegen den massiven Widerstand von Belegschaft und Bevölkerung durchzuführen. Unsere ÖTV Betriebsgruppe fordert jetzt vom Stadtrat eine schriftliche Zusage, dass das Klinikum nicht verkauft wird.

Der Kampf gegen Privatisierung



Streikerfolg in Norwegen Wer kämpft, kann gewinnen

„Ihr müsst einsehen, dass nicht jeder Tag Weihnachtsabend ist“. Mit diesen Worten versuchte der Vorsitzende des norwegischen Gewerkschaftsdachverbands LO die Gewerkschaftsbasis zur Annahme eines Verhandlungsergebnisses für die Privatwirtschaft zu bewegen.

Doch die ArbeiterInnen hatten die Schnauze voll und wollten mehr. Einige kämpferische Gewerkschaftsfunktionäre riefen dazu auf, das Ergebnis abzulehnen. Ausgehend davon entwickelte sich eine erfolgreiche „Nein“-Kampagne. In einer Urabstimmung Anfang Mai lehnten 64,3 Prozent das Ergebnis ab und zwangen damit die Gewerkschaftsführung zum Streik aufzurufen. 6 Tage lang beteilig-

ten sich 95.000 Beschäftigte der Privatwirtschaft an dem Ausstand.

Ein Massenstreik – Norwegen hat nur 4,4 Millionen Einwohner. Der Streik kostete die Borse täglich 109 Millionen Mark. Mehr als 2.000 Unternehmen mussten ihre Produktion vorübergehend einschränken oder unterbrechen. Ölk tanker konnten nicht beladen werden, Hotels blieben geschlossen, Fähren fuhren nicht, Fische konnten nicht exportiert werden. Die Bevölkerung stand voll hinter dem Streik. Der Ausstand der Drukker hinderte die Bosse daran ihre übliche Propaganda gegen den Streik zu verbreiten. Wenige Stunden bevor der Streik auf alle 200.000 Beschäftigte des Gewerkschaftsdachverbands LO ausgedehnt werden sollte, bes-

serten die Unternehmer ihr Angebot kräftig auf. Durch diesen 6-tägigen Streik wurde das ursprüngliche Verhandlungsergebnis in allen Punkten weit übertroffen. Statt 0,75 Kronen Stundenloohnerhöhung, hat der Streik für eine Erhöhung um 1,5 Kronen gesorgt, d. h. die Lohnerhöhung hat sich durch den Streik verdoppelt. Niedriglohgruppen erhalten eine zusätzliche Erhöhung von 1,5 Kronen. Es wurden 2 Tage mehr Urlaub in diesem Jahr und weitere 2 im nächsten Jahr erstreikt. Die Laufzeit des Tarifvertrags wurde von 3 Jahren auf 2 zurück genommen. Der Abschluss in der Privatwirtschaft setzte auch ein Zeichen für die anschließende Tarifrunde im öffentlichen Dienst.

Ursel Beck, Köln

Strafgebühren als Trojanisches Pferd?



2.000 Studierende protestierten am 7. Juni in Köln gegen Studiengebühren

Sehr interessant, was die Kultusminister der Länder da am 25. 05. 2000 untereinander ausgemacht haben. Das „Erststudium“ wird demnach gebührenfrei bleiben. Ein System von sogenannten Strafgebühren jedoch wird eingeführt.

Guido Schonian, Köln

Worum es im Ganzen geht, ist so einfach zu ersehen, dass es schon arg amselbig klingt, wenn der von rechten Hochschulgruppen dominierte ASA der Uni zu Köln als Argument gegen Studiengebühren vorbringt, dass die Mehreinnahmen wohl kaum den Hochschulen direkt, als vielmehr den Landeshaushalten allgemein zur Verfügung ge-

stellt würden. Es geht darum - sicherlich - aber auch noch um ein wenig mehr. Jedem, der sich auf den Deal einlässt, nach einem „ersten berufsqualifizierenden Abschluss“, als Humankapital zur Verfügung zu stehen, darf weiterhin ohne zusätzliche Abgabe studieren. Dies jedoch nur, so weit die „Regelstudienzeit“ nicht um

mehr als vier Semester überschritten wird. Diesbezüglich wirkt der weiterführende Beschluss, dass Zweitstudiengänge, die „regulär auf Erststudien aufbauen“ ebenfalls so zu sagen gratis zu haben bleiben, ungewöhnlich offen formuliert. Man sucht anscheinend nicht mal mehr zu vertuschen, dass man nur noch Interesse an marktwirtschaftlich lohnenden Strategien hat! Eingestehen, dass so ein Studium teilweise wenig mit der späteren Praxis zu tun haben muss, tun sich die Oberlehrer aus einer Zwangslage heraus. Studieren hat eben offensichtlich wenig Bezug zum Berufsleben.

Baden-Württemberg ist Vorreiter

Vorreiter bei diesem widerlichen Thema, für seine Ausbildung zur Kasse gebeten zu werden, ist Baden-Württemberg. Das südliche Bundesland erhebt schließlich schon längst 1000 DM Strafgebühr auf jedes Halbjahr, das jenseits der 14-Semester-Grenze liegt. Aber auch das SPD-regierte Niedersachsen und Rheinland-Pfalz gelten als Spehrspitze im Kampf gegen die Persönlichkeitsrechte (schließlich

wird hier von oben festgelegt, wann das persönliche Gut „Zeit“ als „lang“ definiert werden muss!).

Wenigstens spricht der Wissenschaftsminister des letztgenannten Bundeslandes und Sozialdemokrat, Jürgen Zöllner, noch von einem „Durchbruch“, da „faktische Gebührenfreiheit“ erreicht wurde. Schade nur, dass das nicht stimmt! Im Gegenteil: Ein „Konsenspapier der Kultusministerkonferenz“ hat weit größere Tragweite als alles andere. Auf diesem Wege gelingt es den Befürwortern von Studiengebühren, das Thema zu etablieren, ohne mit viel bürokratischem Aufwand das Hochschulrahmengesetz (HRG) des Bundes bemühen und dann ändern zu müssen.

Wir kaufen Euch nicht ab, was uns gehört!

Was zurzeit teilweise bereits beschlossen, offensichtlich aber

auf jeden Fall zu befürchten ist, führt direkt zur Verschärfung der Zwei-Klassen-Gesellschaft und zur gesamt-gesellschaftlichen Verdummung. Wichtig ist nur noch, wer oder was profitierend daherkommt. Geistes- oder gar sozialwissenschaftliche Inhalte werden als unnützlich mit Füßen getreten.

Jeder Bereich der Gesellschaft zeigt uns die Fratze des Systems. Momentan ist die Hochschulpolitik ein leicht zu erkennendes Spielfeld des Marktes.

„Wir kaufen Euch nicht ab, was uns gehört!“ - Unter diesem Motto wurde im Juni in Köln, Stuttgart und Berlin als Auftakt zu weiteren Protesten demonstriert. Unterstützt das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren! >http://www.studis.de/abs/



Die Explosion von S.E. Fireworks am 13. Mai in Enschede (Niederlande) kostete 21 Menschen das Leben und fügte 946 Menschen teils schwere Verletzungen zu. Im Umkreis von 500 Metern wurden 450 Häuser und viele Betriebe dem Erdboden gleichgemacht, der materielle Schaden wird auf umgerechnet 450 Milliarden DM geschätzt. Viele Bewohnerinnen des Stadtteils Mekkelholt verloren ihr gesamtes Hab und Gut und standen von einem Tag auf den anderen vor dem Nichts. Das Stadtteil sah aus wie nach einer Bombardierung und so haben es die Überlebenden auch empfunden. Johan Kwisthout, Ratsmitglied der Sozialistischen Partei in Breda und Mitglied der niederländischen Schwesterorganisation „Offensief“ der SAV in einer Stellungnahme: „Die Fabrik stand inmitten eines Arbeiterviertels, was für den Stadtrat, der sich nach dem Unglück in widersprüchlichen Aussagen verstrickte, kein Problem war. Viele (darunter Feuerwehrleute und Stadtratsmitglieder) wussten noch nicht einmal von der Lebensgefahr in ihrem Stadtteil. Für die nächsten Jahre sollten dieser Fabrik jedoch, wie auch der dort ansässigen Brauerei Grolsch die Verträge nicht verlängert werden („in Kombination mit Wohnviertel nicht zu tragen“). Dies hing mit Plänen zusammen, Teile von Mekkelholt mit Villen zu bebauen. Dann stellt so eine Fabrik natürlich schon ein Problem dar: dass Arbeiter neben so einer Zeitbombe wohnen natürlich nicht. Die kapitalistische Konkurrenz zwingt Unternehmen mitzuhalten im Wettbewerb, auch wenn dabei unverantwortbare Risiken eingegangen werden. Die bürgerliche Demokratie legt sich dem keinen Millimeter in den Weg. Solange der Profit entscheidet, werden weitere solcher Unfälle stattfinden.“

Rechte von Schwulen, Lesben und Bisexuellen verteidigen!

Im angeblich so offenen und liberalen Köln kam es in der Nacht vom 20. auf den 21. April zu einem unglaublichen Vorgehen der Polizei. In dem Lokal „Buschwindröschen“ wurde das Abschiedsfest des lesbisch-schwulen Vereins Maria HIV gefeiert. Der Verein widmet sich der HIV Prävention und Integration Aids erkrankter Menschen. Das friedliche Fest wurde um 2.30 Uhr von zwei Polizisten gestört.

Diese „Störung“ artete dann in eine nicht vorstellbare Attacke von gewalttätiger Demütigung und Beleidigungen aus. Die Gäste wurden geschlagen und brutal aus dem Lokal gezerrt. Dabei fielen Schwulen und Lesben diskriminierende Sätze, welche nicht die Berechtigung finden wieder aufgeführt zu werden. Fünf Personen wurden dann zum Waidmarkt mitgenommen und mußten dort weitere Brutalitäten über sich ergehen lassen.

So wurde eine Frau damit bedroht, die männlichen Kollegen dazu zu holen, wenn sie sich nicht freiwillig für eine Leibesvisitation entkleide. Eine Andere Frau mußte in T-Shirt und Unterhose bekleidet die Nacht in der

kalten Zelle verbringen. Das Recht auf ein Telefonat wurde allen verweigert, und ein Mann mit einer zugefügten Kopfverletzung musste zwei Stunden auf einen Arzt warten.

Dieser gewaltsame und unglaubliche Einsatz bedarf einer Rechtfertigung der Polizei. Im Polizeibericht an die Presse wird sich also schön rausgeredet. Die beiden Polizisten seien im Lokal festgehalten und bedrängt worden und mussten deshalb „gerettet“ werden. Gegen solche eindeutigen Lügen ist man leider machtlos. Jedoch ist es wichtig sich nicht entmutigen zu lassen von der Gewalt von oben, und weiter zu kämpfen für gleiche Rechte aller Menschen.

Deshalb hier noch mal ein wichtiger Aufruf zur Teilnahme am diesjährigen Christopher-Street-Day, kurz CSD genannt. Dieser Tag erinnert an den legendären Aufstand vom 27. Juni 1969 in der Christopher Street in New York. Transvestiten, Lesben und Schwule setzten sich erstmals gemeinsam gegen die staatliche Willkür und die alltäglichen gewaltsamen Übergriffe der Polizei in der Szene zur Wehr.

Meike Geißler, Köln

Antifaschist getötet

Am Donnerstag, den 31. Mai kam es in Eberswalde zu einer Auseinandersetzung zwischen einem ca. 35 Jahre alten einschlägig vorbestraften Neofaschisten und Falco Lüdke, einem 22-jährigen Aktivist der linken Szene. Nach Aussage des Krankenhauspersonals wurde Falco bereits während der Schlägerei schwer verletzt.

Nach Angaben der Eberswalder Antifa wurde der schwer verletzte Falco von dem Faschisten vor ein heraufgehendes Taxi geworfen, offenbar mit der klaren Absicht ihn zu töten. Trotz der Beweislage spricht die örtliche Polizei von einem „unfallartigen“ Vorgehen.

Wo solche irreführenden Aussagen hinführen, die von Staat und Medien mitgetragen werden, können wir an dem traurigen Beispiel Eberswalde sehen. Dort war bereits 1990 ein Arbeiter aus Angora von einer Gruppe Neonazis zu Tode geprügelt worden.

Aus Anlaß des Nazi-Attentats gab es eine antifaschistische Demo mit mehreren hundert TeilnehmerInnen.

DaimlerChrysler und die Zukunft der Bundeswehr

Wie soll die Bundeswehr in Zukunft aussehen und wo soll sie kämpfen? Um diese Frage zu beantworten, wurde eine „Wehrstrukturkommission“ gebildet. Viel wurde über deren Vorschläge gestritten, dabei wirft allein ihre Zusammensetzung einige Fragen auf:

Georg Kümmel

Dass ein Vorstandsmitglied des größten deutschen Konzerns, Daimler-Chrysler, mit von der Partie ist, ist ja noch verständlich. Schließlich geht es um die Verteidigung „deutscher Interessen“, also der Interessen der Konzerne. Praktisch, dass DaimlerChrysler nicht nur der größte Firmenmogul in Deutschland ist, sondern gleichzeitig auch der größte Rüstungskonzern. Vom Kampf bomber Tomado bis zum Truppentransporter werden von der hausesigen Waffenschmiede die Dinge geliefert, die man für die Kriegsführung so braucht. Nicht so direkt erkennbar ist, wessen Interessen Frau Agnes Hürland-Bünig (CDU) vertreten soll. Wir wissen nämlich nicht, von welchem Konzern sie momentan bezahlt wird. Bekannt ist aber, dass sie mindestens 8,5 Millionen DM „Beraterhonorar“ vom Thyssen-Konzern erhalten hat, u.a. für ihre Dienste im Zusammenhang mit Geschäften um die Leuna-Raffinerie in Ostdeutschland. Bekannt ist auch, dass Thyssen ebenfalls groß im Rüstungsgeschäft mitmischt.

Spätestens seit dem Krieg gegen Rest-Jugoslawien vor einem Jahr, weiß jeder, wie wichtig die Verbreitung von Propagandalügen ist, um an der Heimatfront keinen Ärger zu bekommen. Deshalb wundert es nicht weiter, dass mit der Holtzbrinck GmbH auch die Medienkonzerne vertreten sind.

Die Wehrstrukturkommission

Der im Mai 1999 von Verteidigungsminister Rudolf Scharping berufenen Wehrstrukturkommission - gehören an:

Richard von Weizsäcker, Alt-Bundespräsident, als Vorsitzender, 1938 - 45 Wehr- und Kriegssoldat im Potsdamer Infanterieregiment 9, letzter Dienstgrad: Hauptmann;

Christian Bernzen, Vizepräsident des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken;

Eckhard Cordes, Vorstandsmitglied Daimler-Chrysler AG; Agnes Hürland-Bünig, ehemalige Parlamentarische Staatssekretärin (Arbeit ruht wegen Verwicklung in die CDU-Parteispendenaffäre seit 21. Januar);

Knut Ipsen, Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, 1956 - 59 Wehrdienst, Major

Bei den meisten anderen Mitgliedern der Kommission haben auch wir mehr Fragen als Antworten: Warum muss zum Beispiel ein 80-jähriger (Weizsäcker) den Vorsitz führen, statt dass er endlich seine Rente genießen kann? Will man sich seine Erfahrung als Hauptmann der Wehrmacht zu nutze machen, also aus einer Zeit da die deutsche Armee fast nur „out of area“ Einsätze hatte? Oder will man sein Ansehen unter Teilen der Bevölkerung als Alt-Bundespräsident nutzen, um die zukünftigen militärischen Ziele der Bundeswehr in einem angenehmeren Licht erscheinen zu lassen?

Wozu ist ein Vertreter des Deutschen Roten Kreuzes in der Wehrstrukturkommission? Weil das Rote Kreuz über eine ganz lange Erfahrung im Einsammeln von Toten und verstümmelten Soldaten verfügt? Oder doch nur, weil das Rote Kreuz groß im Geschäft mit Blutkonserven steckt, von denen man im Falle eines Falles gar nicht genug haben kann. Und die Vertreter der beiden großen Kirchen? Sollen sie erläutern, wie man den Soldaten bei ihren Kampfeinsätzen die Angst vor dem Sterben nehmen kann? Oder sind sie einfach aus Tradition dabei, weil sie ihren Segen zu den Kriegen und Kriegseinsätzen geben, in denen die Mitmenschen in anderen Ländern ins Jenseits befördert werden?

Sind diese Fragen zu zynisch? Wir meinen, zynisch sind die, die vom Frieden, von „Krisenbewältigung“ reden und Kriegseinsätze vorbereiten. Unsere Parole ist die alte Parole der sozialistischen Arbeiterbewegung: Diesem System keinen Mann und keinen Groschen.

d. R.: Hermann Lutz, Ex-Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei; Arno Mählert, Mitglied der Geschäftsführung der Verlagsgruppe Holtzbrinck GmbH;

Lothar de Maizière, letzter DDR-Ministerpräsident; Jürgen Schmude, Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland;

Waltraud Schoppe, ehemalige Grüne-Bundestagsabgeordnete;

Theo Sommer, Herausgeber der Wochenzeitung Die Zeit, Außerdem noch ein Arzt, ein Theologe, ein Friedensforscher, mehrere Generale außer Dienst und Politikwissenschaftler.

(Quelle: Internetseite Berliner Morgenpost)

Gegen Kapitalismus Gegen Stalinismus Für Sozialismus

T
R
O
T
Z
K
I

Im Auftrag Stalins wurde der Revolutionär Leo Trotzki am 20. August 1940 ermordet. Heute sind Leben und Werk Trotzki's weit weniger bekannt als das der Sozialisten Marx, Engels, Lenin. Das, obwohl er zweifellos in einer Reihe mit diesen genialen Theoretikern und Kämpfern für den Sozialismus steht. Seine Unterbewertung in der Geschichtsschreibung

befindet sich im krassen Gegensatz zu seiner führenden Rolle in der sozialistischen Arbeiterbewegung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts:

Trotzki war anerkannter Arbeiterführer in der Russischen Revolution 1905 und stand mit Lenin an der Spitze der Oktoberrevolution 1917 in Russland. *(Fortsetzung innen)*



Zum sechzigsten Jahrestag
der Ermordung von
Leo Trotzki

TROTZKI

(Fortsetzung von der Vorderseite) Der begeisternde Redner Trotzki organisierte und mobilisierte die Rote Armee, die die junge Sowjetunion nach dem Sturz des Kapitalismus in den darauf folgenden Jahren des Bürgerkrieges erfolgreich verteidigte. Trotzki ist der Verfasser der Manifeste der ersten fünf Kongresse der 1919 gegründeten Kommunistischen (III.) Internationale. Er führte den unversöhnlichen Kampf der linken Opposition gegen Stalin und die Bürokratisierung der Sowjetunion an.

Trotzki war nach Lenins Tod die herausragende revolutionäre Persönlichkeit seiner Zeit. Mit dieser Charakterisierung werden keineswegs die großen Verdienste von hunderten Tausenden Mitkämpfern der sozialistischen Arbeiterbewegung geschmälert.

Kapitalismus bedeutet heute weltweit Armut, Massenarbeitslosigkeit, Umweltzerstörung, Rüstung und Kriege. Die Herrschenden dieser Welt fürchten zu recht, dass das Totenglockchen für dieses wahnsinnige Profitsystem geläutet hat, sobald die Menschen eine Alternative zu diesem System sehen. Deshalb versuchen sie alles, um die Oktoberrevolution und die Idee des Sozialismus zu verfeindeln. Sie behaupten, der Stalinismus sei die logische Fortsetzung der Politik der Bolschewiki unter Lenin und Trotzki gewesen. Allein die Tatsache, dass an erster Stelle die Verteidiger der Ziele der Oktoberrevolution, die „Trotzkisten“, am Ende Trotzki selbst, die Opfer der stalinistischen Diktatur wurden, straft diese Behauptung Lügen.

Trotzkis Bedeutung für die internationale Arbeiterbewegung entsteht nicht nur aus der Rolle, die er in der Russischen Revolution 1917 und im Kampf gegen die stalinistische Zerstörung der Revolution spielte. Entscheidend – auch für seine Aktualität heute – ist Trotzki's Verständnis des Marxismus als Methode zur Analyse der gesellschaftlichen Entwicklungen von einem internationalistischen Standpunkt aus. Auf dieser Grundlage war er in der Lage, Entwicklungen, wie Stalinismus und Faschismus nicht nur zu verstehen, sondern auch Perspektiven für die weiteren Abläufe und damit Hand-

lungsmöglichkeiten für SozialistInnen zu entwickeln. Dabei vertraute er auf die Möglichkeiten der Arbeiter und Jugendlichen, der „normalen“ Menschen, sich zu organisieren, aktiv zu werden, die Gesellschaft in ihre Hände zu nehmen und zu leiten. Dreh- und Angelpunkt seiner Ideen war die Selbsttätigkeit der Arbeiterklasse, ihre Fähigkeit die Gesellschaft grundlegend umzugestalten und eine sozialistische Demokratie aufzubauen.

Zu seinen hervorragenden theoretischen Beiträgen gehören seine

– Analyse und Perspektive für den Verlauf der Revolution in einem unterentwickelten Land (Theorie der permanenten Revolution)

– wissenschaftliche Erklärung für den Aufstieg Stalins und den Charakter der Sowjetunion

– Schriften über das Wesen und die Ursachen des Faschismus und wie er bekämpft werden kann.

Geboren wurde Trotzki (sein richtiger Name war Leo Dawidowitsch Bronstein) am 7. November 1879, (26. Oktober nach dem alten russischen Kalender), in der heutigen Ukraine, die damals zu Russland gehörte. Russland war – von einzelnen hoch-industrialisierten Zentren abgesehen – von Großgrundbesitz und verarmten Bauern geprägt.

Die Permanente Revolution

Weil der Sozialismus die Gesellschaftsform ist, die den Kapitalismus ablösen soll, erwarten Marx und Engels, dass die sozialistische Revolution in einem der Länder beginnt, in dem der Kapitalismus am weitesten entwickelt ist. Anfang des 20. Jahrhunderts waren Bürgerliche aber

auch Sozialisten der Meinung, in den rückständigen, unterentwickelten Ländern, in denen noch Adel und Großgrundbesitzer herrschten, stünde nur die klassische bürgerliche Revolution, nicht aber die sozialistische Revolution auf der Tagesordnung.

Trotzki erkannte schon vor 1905 die Unmöglichkeit für halbfeudale Länder wie Russland sich auf kapitalistischer Grundlage weiter zu entwickeln, auch weil die mächtigen imperialistischen Staaten dies verhindern würden. Heute, ein ganzes Jahrhundert später, haben sich die „Entwicklungsländer“ dieser Welt noch immer nicht entwickelt. Stattdessen herrschen in ihnen Armut und Hunger: Eine schlagende Bestätigung dieser Analyse.

Trotzki zog aus seinen Feststellungen die Schlussfolgerung, dass in einem Land wie Russland die Revolution nicht bei den Aufgaben der bürgerlichen Revolution (Landverteilung, Schaffung eines einheitlichen Nationalstaates, Entmachtung von Adel und Großgrundbesitz) stehen bleiben kann, sondern übergehen muss in eine sozialistische Revolution, in der der Kapitalismus gestürzt wird (Diesem Übergang, der „Permanenz“ der Revolution, verdankt diese Theorie ihren Namen: Permanente Revolution). Diese sozialistische Revolution könnte auch durchaus in einem unterentwickelten Land beginnen, aber nur durch den Sieg des Sozialismus international vollendet werden.

1905 kam es in Russland zu einem ersten Aufstand gegen das zaristische Regime. Diese Revolution, in deren Verlauf Trotzki zum Vorsitzenden des Petrograder Arbeiterrates (Sowjet) gewählt wurde, war gewissermaßen die Generalprobe für die Revolution von 1917.

Russische Revolution 1917

Die Februarrevolution 1917 setzte an, wo die Revolution 1905 aufgehört hatte: Sie fegte beeindruckend schnell die alte zaristische Herrschaft beiseite. Aus den Erfahrungen von 1905 zogen die ArbeiterInnen die Schlussfolgerung, im ganzen Land Sowjets zu errichten. Parallel dazu bildete sich eine bürgerliche Regierung. In der Zeit von Februar bis Oktober wurde deutlich, dass Trotzki's Analyse richtig gewesen war: Zusammen mit den Bürgerlichen gelang es nicht, auch nur eines der grundlegenden Probleme der russischen Gesellschaft zu lösen: Statt den Krieg zu beenden, setzten die Bürgerlichen ihre Hoffnungen in die Zusammenarbeit mit den imperialistischen Mächten Frankreich und Großbritannien im Krieg. Die drängenden Fragen einer Landreform wurden aus Rücksichtnahme auf die Großgrundbesitzer und Adligen verschoben. Dem Hunger der Bevölkerung hatte diese Regierung nichts entgegen zu setzen.

Trotzki, der sich 1917 den Bolschewiki angeschlossen hatte, nachdem frühere Meinungsverschiedenheiten mit der Entwicklung der Revolution beseitigt worden waren, kämpfte nun mit ihnen unter der Parole „Brot – Friede – Land“ für die Lösung dieser Fragen. Die Bolschewiki waren 1917 unter Lenins Führung ebenfalls zu der Schlussfolgerung gekommen, dass nur die Arbeiterklasse, gestützt auf die Bauern, diese Aufgaben lösen und gleichzeitig mit diesem Kampf den Auftakt zur sozialistischen Revolution in West-Europa und weltweit geben könnten.

Unter der Führung der Bolschewiki, mit Lenin und Trotzki an der Spitze, eroberte die Arbeiterklasse Russlands in der Oktoberrevolution 1917 die Macht. Die neue Regierung gab das Land der Großgrundbesitzer an die Bauern und übertrug die Industrie in die Hände der Arbeiter.

Trotzki wurde Kommissar für Äußeres und begann sofort die Friedensverhandlungen mit der deutschen Heeresleitung in Brest-Litowsk.

Weltrevolution

Nach Trotzki's Theorie der Permanenten Revolution und durch die Praxis von 1917 war deutlich geworden, dass die sozialistische Revolution in einem unterentwickelten Land wie Russland beginnen konnte. Doch niemand ging damals davon aus, den Sozialismus in einem Land, schon gar nicht in einem rückständigen, aufbauen zu können.

So richteten sich die Hoffnungen zur Verteidigung der Russischen Revolution in erster Linie in ihre Ausdehnung nach Europa, in die Entwicklung der Weltrevolution. Die Oktoberrevolution in Russland hatte den ArbeiterInnen in anderen Ländern gezeigt, dass es möglich ist, das verhasste kapitalistische System zu stürzen.

Die durch dieses Beispiel entstandene Bedrohung schockte die Herrschenden in

Bereits im Jahre 1923 kämpfte Trotzki gegen die beginnende Bürokratisierung der kommunistischen Partei:

Hinaus aus der Partei mit dem passiven Gehorsam, der mechanischen Ausrichtung nach den Vorgesetzten, mit der Unpersönlichkeit, der Kriecherei und der Karriere-macherei! Ein Bolschewik ist nicht nur ein Mensch der Disziplin, nein er ist ein Mensch, der den Dingen auf den Grund geht und sich in jeder Angelegenheit eine feste Meinung bildet und sie nicht nur im Kampf gegen die Feinde, sondern auch in der eigenen Partei mutig und unabhängig vertritt.“

Trotzki in „Der neue Kurs (Brief an eine Parteiversammlung)“, 8.12.1923

„Die Gefängnisse, die entlegensten Winkel Sibiriens und Mittelasiens, die sich ständig vermehrenden Konzentrationslager bergen die Blüte der bolschewistischen Partei, die Standhaftesten und die Treuesten.

Trotzki in „Verratene Revolution“ (1936)

den kapitalistischen Staaten. Sie schickten Truppen gegen Russland und unterstützten mit Geld und Waffen die reaktionären Kräfte im Land, die die Herrschaft von Großgrundbesitz und Kapitalismus wiederherstellen wollten.

Trotzki wurde Leiter der Roten Armee, die aus dem Nichts aus dem Boden gestampft werden musste, um diesen imperialistischen Truppen etwas entgegen zu setzen. Das war nur erfolgreich, weil die ArbeiterInnen und BäuerInnen in Russland die Erfahrung mit der Oktober-Revolution gemacht hatten, weil da etwas entstanden war, das sich zu verteidigen lohnte.

Die Russische Revolution trat eine Welle von Revolutionen los, die ganz Europa erfasste. Die deutsche Revolution 1918 und Räte in Ungarn und Österreich waren Teile dieser Kette. Durch das Fehlen einer revolutionären Führung gelang es den Führern von SPD und Gewerkschaften immer wieder, sich an die Spitze dieser Bewegungen zu stellen und einen Sturz des Kapitalismus zu verhindern. Nicht aus Mangel an revolutionärem Willen der Arbeiterklasse sondern wegen des Fehlens einer Partei wie den russischen Bolschewiki scheiterten diese Revolutionen. Die russische Revolution blieb isoliert.

Bürokratisierung

Die Voraussetzungen für die Entwicklung einer sozialistischen Gesellschaft ist die durch die kapitalistische Entwicklung möglich gewordene Überflusproduktion. Mit den weltweit vorhandenen Ressourcen

wäre es möglich, allen Menschen genügend zu Essen, eine gute Gesundheitsversorgung, Bildung und materiellen Wohlstand zugute kommen zu lassen. Russland 1917 war allerdings von diesem Zustand des Überflusses weit entfernt. Im Gegenteil: Nachdem die Hilfe durch weitere erfolgreiche sozialistische Revolutionen ausblieb, spitzte sich die Lage in Russland zu. Geschwächt von dreieinhalb Jahren Weltkrieg und dem dreijährigen Kampf gegen die konterrevolutionären Armeen im Bürgerkrieg, in Kombination mit der schon vorher vorhandenen Rückständigkeit der Wirtschaft, verschlechterten sich die Lebensbedingungen bis hin zu Hungersnöten und barbarischen Zuständen.

Vor dem Hintergrund dieser besonderen Situation entwickelte sich eine privilegierte, parasitäre Bürokratie in der Sowjetunion. Die Einschränkungen der demokratischen Rechte, die aus der Not des Bürgerkriegs heraus gemacht und als vorübergehende Maßnahmen gedacht waren, wurde von dieser sozialen Schicht zementiert, um die eigene Herrschaft zu ermöglichen.

Trotzki begann mit Lenin – kurz vor dessen Tod – den Kampf gegen diese Form der Konterrevolution in Russland. Sein wichtigstes Instrument in diesem Kampf, war eine klare marxistische Analyse der Entwicklungen in der Sowjetunion:

Marx und Engels hatten eine solche Entwicklung nicht vorhergesehen. Sie waren von der Entwicklung des Sozialismus in entwickelten Ländern ausgegan-

Zeittafel

1879: 7. November, Leo Dawidowitsch Bronstein (Trotzki) wird als Sohn eines jüdischen Landwirts in der Ukraine geboren.
 1897: L.D. Bronstein gründet mit anderen den „Südrussischen Arbeiterbund“
 1898: L.D. Bronstein wird wegen seiner politischen Aktivitäten verhaftet und 1899 auf vier Jahre nach Sibirien verbannt.
 1902: L.D. Bronstein flieht und nimmt auf der Flucht den Namen „Trotzki“ an. Begibt sich auf Lenins Anregung nach London
 1903: Teilnahme am zweiten Kongress der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei bei der es zur historischen Spaltung zwischen dem revolutionären und dem reformistischen Flügel der russischen Sozialdemokratie, den Bolschewiki und Menschewiki, kam. Anfangs auf Seite der Menschewisten, nimmt Trotzki später eine unabhängige Position ein.
 1905: Illegale Rückkehr nach Russland. Vorsitzender des ersten Arbeiterrates (Sowjet). Anschließend verhaftet.
 1906: Verurteilung und Deportation zu lebenslanger Verbannung nach Sibirien.
 1907: Flucht nach Westeuropa
 1907 bis 1914 Aufenthalt hauptsächlich in Wien, Herausgabe der Arbeiterzeitung Prawda, Kriegsberichterstatter auf dem Balkan, (Trotzki nannte schon 1909 den Balkan die „Pandora-Büchse Europas“.

1914 bis 1917 Einer der Hauptinspiretoren der revolutionären Opposition gegen den Krieg. Über die Schweiz, Frankreich (ausgewiesen)
 1917: Nach Ausbruch der Februarrevolution in Russland Rückkehr nach Petrograd, Gegner der neuen bürgerlichen Regierung, erneute Verhaftung, Beitritt zur Partei der Bolschewiki. In den turbulenten Monaten zwischen April und Oktober/November übernimmt Trotzki die praktische Vorbereitung, Organisation und Führung des Oktoberaufstandes
 Unmittelbar nach der Revolution zum Sowjetkommissar für auswärtige Angelegenheiten gewählt, leitet die Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk.
 1918 bis 1925 Kriegskommissar, Gründer und Führer der Roten Armee
 1923: Beginn Kampf gegen Stalin
 1927: Ausschluss aus der Kommunistischen Partei
 1928: Verbannung nach Sibirien
 1929: Gewaltsame Ausweisung aus der Sowjetunion, Aufenthalt in der Türkei
 1933 bis 1936 Abreise aus der Türkei, Aufenthalte in Frankreich (ausgewiesen) und Norwegen (Hausarrest)
 1937 Ankunft in Mexiko
 1938: IV. Internationale gegründet
 1940 21. August Trotzki stirbt an den Folgen des Attentates vom 20. August. 300.000 folgen am 22. August dem Leichenwagen.



Trotzki organisierte die Rote Armee zur Verteidigung der Revolution. Nicht zuletzt durch zu wecken, so dass die junge Sowjetunion im Krieg gegen die pro-kapitalistischen Angriffe

Für Trotzki war klar: Der Faschismus ist Ausdruck der Krise des Kapitalismus. Die unmittelbare Alternative lautet: Sozialistische Revolution oder neuer Weltkrieg: „Die Zeit, die bis uns zur nächsten europäischen Katastrophe bleibt, ist befristet durch die deutsche Aufrüstung. Das ist keine Frage von Monaten, aber auch keine von Jahrzehnten. Wird Hitler nicht rechtzeitig durch innerdeutsche Kräfte aufgehalten, so wird Europa in wenigen Jahren neuerlich in Krieg gestürzt.“ (Trotzki in Porträt des Nationalsozialismus, 1933)

gen. Marx schrieb einmal über die Notwendigkeit des gesellschaftlich vorhandenen Wohlstands: Die „Entwicklung der Produktivkräfte [=Fabriken, Werkzeuge, Ausbildungsniveau der ArbeiterInnen ...] ist auch deswegen eine absolut notwendige praktische Voraussetzung [für den Sozialismus], weil ohne sie nur der Sozialverfallgemeint, also mit der *Notdurft* gegen den Streit um das Notwendigste wieder beginnen und die ganze alte Scheibe sich herstellen müsste.“

Stalinismus

Trotzki wandte dies auf die Entwicklung Russlands an: „Grundlage des bürokratischen Kommandos ist die Armut der Gesellschaft an Konsumgütern mit dem daraus entstehenden Kampf aller gegen alle. Wenn genug Waren im Laden sind, können die Käufer kommen, wenn sie wollen. Wenn die Waren knapp sind, müssen die Käufer Schlange stehen. Wird die Schlange sehr lang, muss ein Polizist für Ordnung sorgen. Das ist der Ausgangspunkt für die Macht der Sowjetbürokratie.“ (Trotzki in „Verrätene Revolution“, seinem Hauptwerk über und gegen die stalinistische Bürokratie). Diejenigen, die sich über die Gesellschaft erheben, um den Mangel zu verwalten (die „Polizisten“, die „Ordnung“ schaffen), sorgen

„Die Oktoberrevolution wurde um der Werktätigen und nicht um der neuen Parasiten willen durchgeführt. Aber infolge der Verzögerung der Weltrevolution, infolge der Erschöpfung und in starkem Maße der Rückständigkeit der russischen Arbeiter und besonders der russischen Bauern erhob sich über die Räterepublik und gegen ihre Völker eine neue unterdrückende und parasitäre Kaste, deren Führer Stalin ist. ... Die Räte der Arbeiter und Bauern sind längst untergegangen. Sie sind durch entartete Kommissare, Sekretäre und Agenten der GPU ersetzt worden.“

Trotzki in „Brief an die Arbeiter der UdSSR“ (April 1940)

dabei dafür, dass sie nicht zu kurz kommen. So entstehen aus einer Mangel-situation neue Privilegien.

Dabei stützte sich die Bürokratie auf die sozialen Errungenschaften der Oktober-Revolution: Verstaatlichung der Banken und Konzerne, der Beginn einer geplanten Wirtschaft, der Schutz dieser Wirtschaft gegenüber den Imperialisten bzw. dem Weltmarkt durch ein Außenhandelsmonopol - all dies wurde zu nächst nicht angetastet. Denn nur auf dieser ökonomischen Grundlage war der Aufbau der sowjetischen Wirtschaft von einer rückständigen Ökonomie zur späteren Super-Macht möglich. Nur so konnten die Grundlagen gelegt werden, die es im Zweiten Weltkrieg ermöglichten, den Angriff des hochgerüsteten Hitler-Deutschland siegreich zurück zu schlagen. Auch wenn die Bürokratie nie besonders weitsichtig war, war für sie fassbar, dass die Möglichkeit, für sich Privilegien zu erhalten, von dieser schnellen Entwicklung der Wirtschaft abhing. Andererseits hätte die unmittelbare Wiedererrichtung kapitalistischer, halbfeudaler Verhältnisse diese Privilegien bedroht. Die erste Gefahr bestand für die Bürokratie allerdings im Wiederaufleben der Sowjets, der Räte. In diesem Sinne brach die Bürokratie voll und ganz mit den Traditionen der Oktober-Revolution: Ihre Macht beruhte auf der Entmachtung und Entmündigung der Arbeiterklasse. Jede Form von Arbeiter-Demokratie - in Gewerkschaften, Parteien, Streik-Komitees usw. - war eine unmittelbare Bedrohung ihrer Macht. Entsprechend brutal versuchten die Stalinisten ihre Herrschaft zu sichern. Diese Unterdrückung jeglicher Initiative der ArbeiterInnen führte zu einer ökonomischen Erstreckung der Planwirtschaft durch die Bürokratie und zum Zusammenbruch der stalinistischen Systeme kaum 70 Jahre später - trotz der zwischenzeitlich enormen, nur durch die Planwirtschaft möglich gewordenen Fort-

schritte.

Weil er wusste, dass eine Planwirtschaft ohne Demokratie auf Dauer nicht lebensfähig ist, charakterisierte Trotzki die Sowjetunion im historischen Sinn immer als Übergangsregime, für das es nur zwei Perspektiven geben konnte: Entweder Sturz der Bürokratie durch die sowjetische Arbeiterklasse in einer politischen Revolution, um dann im Rahmen der internationalen Revolution zum Sozialismus zu kommen, oder aber kapitalistische Konterrevolution. Vor zehn Jahren ist letzteres eingetreten, allerdings erst nachdem mehrere Versuche der politischen Revolution gescheitert waren (siehe auch Artikel über Arbeiteraufstand in Polen 1980).

Sozialismus in einem Land?

Genauso wie innerhalb der Sowjetunion die Bürokratie sich vor der eigenen Arbeiterklasse fürchten musste, entwickelte Stalin und seine Helfer eine berechtigte Angst vor der Entwicklung der Revolution weltweit. Da für die stalinistische Bürokratie der eigene Machterhalt das einzige Ziel war, verwandelte sie die Parteien der Kommunistischen Internationale, gegründet um die Revolution von Russland aus weltweit weiterzutragen, in reine Außenagenturen des Kreml. Sie

ordneten ihrem nationalen, russischen Interesse die Interessen der internationalen Arbeiterklasse unter. Dazu proklamierte Stalin 1926 die „Theorie von Sozialismus in einem Land“: Ganz offensichtlich im Gegensatz zu allem, wofür Marx, Engels und Lenin eingetreten waren, sollte es jetzt möglich sein, trotz Rückständigkeit, Isolation und materiellem Elend in Russland den Sozialismus aufzubauen. Diese Theorie diente als „Argumentation“, die Unterdrückung revolutionärer Bewegungen weltweit zu rechtfertigen, da sie angeblich den Aufbau des „Sozialismus“ in Russland gefährden würden. Diese Politik führte bis hin zur Rechtfertigung des „Hitler-Stalin-Paktes“. Die Stalinisten übernahmen so eine konterrevolutionäre Rolle in den sich entwickelnden Revolutionen.

Isolation und Rückständigkeit in Russland waren die Grundlage auch für die Erschöpfung und Demoralisierung der russischen ArbeiterInnen und BäuerInnen, die aufopferungsvoll in Revolution und Bürgerkrieg für ihre Interessen gekämpft hatten. Die durch sozialdemokratische und stalinistische Führer weltweit verursachten Niederlagen stärkten die Demoralisierung und damit - paradoxerweise - die Machtbasis der Stalinisten. So endeten die revolutionären Kämpfe einer ganzen Periode in Niederlagen: „Die Niederwerfung des bulgarischen Aufstandes und der ruhmlose Rückzug der deutschen Arbeiterparteien im Jahre 1923, der Zusammenbruch des estnischen Aufstandsversuches 1924, die heimtückische Liquidierung des Generalstreiks in England und das unwürdige Verhalten der polnischen Arbeiterparteien bei Pilsudskis Machtübernahme im Jahre 1926, die gräßliche Vernichtung der chinesischen Revolution 1927, später die noch fürchterlicheren Niederlagen in Deutschland (1933) und Österreich (1934), das sind die historischen Katastrophen, die in den Sowjetmassen den Glauben an die Welt-

revolution erlöschen ließen und es der Bürokratie erlaubten, als einziger rettender Leuchtturm immer höher aufzuzugehen.“ (Trotzki in „Verrätene Revolution“, 1936)

Linke Opposition für Arbeiter-Demokratie und Sozialismus

Trotzki organisierte die Linke Opposition in der Sowjetunion und später die Internationale Linke Opposition im Kampf gegen den Stalinismus. Sie boten den AktivistInnen der Arbeiterbewegung nicht nur eine marxistische Analyse des Stalinismus, sondern darauf aufbauend auch das Programm der politischen Revolution: Um eine sozialistische Gesellschaft zu erkämpfen, musste die Bürokratie gestürzt werden und die direkte Ausübung der Macht durch eine Wiedereinführung der Räte, der Sowjets, wieder in die Hände der ArbeiterInnen gelangen. Dazu forderten sie

- jederzeitige Wahl- und Abwählbarkeit aller FunktionärInnen und VertreterInnen.
- einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn für alle FunktionärInnen, BeamtenInnen usw. Ende aller bürokratischen Privilegien.
- Abschaffung der stehenden Armee und Ersetzung durch demokratische Arbeiter-Milizen.
- für eine demokratische Kontrolle und Leitung der Betriebe, für die Wiedereinführung der Macht der Arbeiter- und Bauernräte, wie sie im Oktober 1917 geschaffen wurden.

Die faschistische Gefahr

Je tiefer die wirtschaftliche Krise des Kapitalismus wurde, umso brutaler versuchten die Herrschenden, sich der Bedrohung durch die Arbeiterbewegung zu entledigen.

Beginnend mit den Ereignissen in Italien zeichnete sich in Europa eine besondere Form der Konterrevolution ab: der Faschismus, eine Massenbewegung der vom sozialen Abstieg bedrohten Kleinbürger, d.h. der Handwerker, Bauern und kleinen Selbständigen.

Nach der Phase von Revolutionen und Konterrevolutionen nach dem Ersten Weltkrieg galt für die Herrschenden: „Die Periode der Halbmaßnahmen ist vorbei. Um zu versuchen, einen neuen Ausweg zu finden, muss sich die Bourgeoisie [Kapitalistenklasse] vollends des Drucks der Arbeiterorganisationen entledigen, sie hinwegjagen, zertrümmern, zersplittern. Hier setzt die historische Funktion des Faschismus ein. Er bringt jene Klassen auf die Beine, die sich unmittelbar über das Proletariat erheben und fürchten, in dessen Reihen gestürzt zu werden, organisiert und militarisiert sie unter Deckung des offiziellen Staates mit den Mitteln des Finanzkapitals und treibt sie zur Zerrümmern der proletarischen Organisationen, der revolutionären wie der gemäßigten.“

„Der Faschismus ist nicht einfach ein System von Repression, Gewalttaten, Polizeiterror. Der Faschismus ist ein besonderes Staatssystem, begründet auf der Ausrottung aller Elemente proletarischer Demokratie in der bürgerlichen Gesellschaft. Die Aufgabe des Faschismus besteht nicht allein in der Zerschlagung der proletarischen Avantgarde, sondern auch darin, die ganze Klasse im Zustand erzwungener Zersplitterung zu halten. Dazu ist die physische Ausrottung der revolutionären Arbeiterschicht ungenügend. Es heißt, alle selbständigen und freiwilligen Organisationen zu zertrümmern, alle Stützpunkte des Proletariats zu zerstören und die Ergebnisse eines dreiviertel Jahrhunderts Arbeit der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften zu vernichten. Denn auf diese Arbeit stützt sich in letzter Instanz auch die Kommunistische Partei.“ (Trotzki, „Was nun?“ 27.1.1932)

Die Stalinisten aber sahen im Faschismus nur eine weitere Form kapitalistischer Herrschaft und stellten ihn auf eine Stufe mit anderen bürgerlichen Regimen. So kam es zu der Äußerung, Sozialdemokratie und Faschismus seien „Zwillinge“, d.h. eben nur zwei verschiedene Formen bürgerlicher Herrschaft, der „Sozialfaschismus-Theorie“. Diese „Theorie“ verwirrte die Arbeiterbewegung: Wenn das eine so schlimm ist wie das andere, worin liegt dann noch die Gefahr von Hitlers Aufstieg?

Volksfront führt zur Niederlage

Nach dem blutigen Scheitern ihrer Sozialfaschismus-„Theorie“ schwenkten die Stalinisten um, und forderten eine „Volksfront“, d.h. die Zusammenarbeit



Lenin und Trotzki bei der Demonstration zum 2. Jahrestag der Oktoberrevolution

der Arbeiterorganisationen mit „fortschrittlichen“ Bürgerlichen gegen den Faschismus. Die Folgen dieser Wende zahlten die ArbeiterInnen im Spanischen Bürgerkrieg mit ihrer Niederlage. „Die Arbeiter und Bauern vermögen nur dann den Sieg zu erringen, wenn sie um ihre eigene Befreiung kämpfen. Unterstellt man unter diesen Umständen das Proletariat [Arbeiterklasse] der Führung der Bourgeoisie [Kapitalistenklasse], so garantiert man ihm von vornherein eine Niederlage im Bürgerkrieg.“ (Trotzki, „Die spanische Lehre“)

Genauso agierten allerdings in Spanien die Stalinisten: Aus Rücksicht auf die Kapitalisten wurden Landbesetzungen und Betriebsbesetzungen im Bürgerkrieg zurückgenommen, eine neue Front in den eigenen Reihen damit eröffnet, RevolutionärInnen ermordet, die dagegen ankämpften. Dies mündete im Sieg Francos.

Einheitsfront

Gegen „Sozialfaschismus“- und „Volksfront“-Theorie kämpfte die Internationale Linke Opposition für eine Einheitsfront der Arbeiterorganisationen. Auch wenn die sozialdemokratischen Führer schon damals eine klare Politik im Interesse des Kapitals machten, so sahen doch noch viele ArbeiterInnen die sozialdemokratischen Parteien als ihre Parteien an. Sie stellten damals die Basis dieser Organisationen. Ein Wesenszug des Faschismus lag in seiner existenziellen Bedrohung auch für diese Arbeiterparteien mit bürgerlicher Führung. D.h. auch für die sozialdemokratischen Parteien bestand ebenso wie für Gewerkschaften und Kommunistische Parteien die Bedrohung und damit die Notwendigkeit der Selbstverteidigung gegen die faschistische Gefahr. Auf dieser Grundlage forderte Trotzki die Bildung einer Einheitsfront: Gemeinsamer Kampf gegen den Faschismus auf der Grundlage einer scharfen Trennung zwischen den Organisationen der Arbeiterklasse auf der einen und den Parteien des Kapitals auf der anderen Seite. Also eine scharfe Trennung auch gegenüber den bürgerlichen Parteien, die aus Angst vor ihrer eigenen politischen Entmachtung dem Faschismus ablehnend gegenüberstanden. Einem solchen Appell zu einer Einheitsfront aller Arbeiterorganisationen hätten sich auch sozialdemokratische Parteien und Gewerkschaften nicht entziehen können - war die Bedrohung doch greifbar. Die Dynamik dieses Bündnisses hätte auf der Grundlage des Interesses der Arbeiterklasse - ohne falsche Rücksichtnahmen auf die „fortschrittlichen“ Bürgerlichen - erfolgen können. Forderungen zur Verteidigung der ArbeiterInnen, z.B. eine Entmachtung der hinter den Faschisten stehenden Kapitalisten, hätten sich recht natürlich aus dem gemeinsamen Kampf heraus entwickelt. Aus dem Kampf aller Arbeiterorganisationen gegen die unmittelbare Bedrohung des Faschismus hätte

sich der Kampf um die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse für revolutionär-sozialistische Ideen entwickelt, als einzigem Ausweg vor der kapitalistischen Konterrevolution in Gestalt des Nationalsozialismus entwickelt.

Statt diese Einheit zu organisieren, vertieften sozialdemokratische und stalinistische Führer die Spaltung der ArbeiterInnen. Die SPD beschimpfte die KPD als rot-lackierte Nazis, die KPD antwortete mit der „Sozialfaschismus-Theorie“. Die Spaltung führte zur Niederlage. Erst in den KZs fanden sich SozialdemokratInnen, KommunistInnen, GewerkschafterInnen vereint. Die Vernichtung der AktivistInnen der Arbeiterbewegung, der Juden, Sinti und Roma, Homosexueller und unzähliger anderer wurde grausame Realität.

Gründung der Vierten Internationale

Nachdem die kommunistischen Parteien weltweit zu reinen Außenstellen Moskaus geworden waren und ihre Verträglichkeit Rolle besonders beim Sieg des Faschismus in Deutschland 1933 deutlich geworden war, zog Trotzki und die MitkämpferInnen der Internationalen Linken Opposition die Schlussfolgerung, dass eine neue Internationale aufgebaut werden müsse, um der Arbeiterklasse einen Ausweg aus Kapitalismus und Stalinismus aufzuzeigen und anzubieten. So entstand 1938 die Vierte Internationale, in deren Tradition das Komitee für eine Arbeiterinternationale (KAI) steht. Dessen Mitglied in Deutschland ist die Sozialistische Alternative.

Übergangsprogramm

Die Gründung der Vierten Internationale beruhte also auf der Erkenntnis, dass sowohl sozialdemokratische als auch die „kommunistischen“, in Wahrheit stalinistischen, Parteien zu Hindernissen im Kampf um eine sozialistische Revolution geworden waren. Gleichzeitig orientierten sich aber viele ArbeiterInnen immer noch an ihnen. Während also die objektiven Bedingungen international längst reif für eine sozialistische Umgestaltung waren, ja sogar danach drängten - die Widersprüche im Kapitalismus trieben auf den zweiten Weltkrieg zu - war die Arbeiterklasse nicht auf der Höhe der Zeit. Genauer: „Die gegenwärtige Krise der menschlichen Kultur ist eine Krise der proletarischen Führung“ (Trotzki „Übergangsprogramm“, das Gründungsdokument der Vierten Internationale, 1938)

Daraus ergab sich die strategische Aufgabe, die sich die Vierte Internationale setzte: „Die strategische Aufgabe der nächsten Periode besteht darin, den Widerspruch zwischen der Reife der objektiven Voraussetzungen für die Revolution und der Unreife des Proletariats und seiner Vorhut (Ratlosigkeit und Entmutigung

(Fortsetzung umseitig)

„Andererseits stellen das Offenbarwerden der durch und durch reaktionären, Verfalls- und Räubernatur des heutigen Kapitalismus, der Zusammenbruch von Demokratie, Reformismus und Pazifismus, die unauf-schiebbare und brennende Notwendigkeit für das Proletariat, den rettenden Ausweg aus dem unabwendbaren Verderben zu finden, mit neuer Gewalt die internationale Revolution auf die Tagesordnung. Nur der Sturz der Bourgeoisie durch das sich erhebende Proletariat kann die Menschheit vor dem neuen verheerenden Völkermorden bewahren.“

Trotzki in „Krieg und die IV. Internationale“ (1934)

(Fortsetzung von der Innenseite)

der alten Generation, Unerfahrenheit der jungen) zu überwinden. Man muss den Massen im Verlauf ihres täglichen Kampfes helfen, die Brücke zwischen ihrer augenblicklichen Forderungen und dem sozialistischen Programm der Revolution zu finden. Diese Brücke muss aus einem System von Übergangsforderungen bestehen, die von den heutigen Bedingungen und dem heutigen Bewußtsein breiter Schichten der Arbeiterklasse ausgehen und stets zu ein und demselben Schluss führen: zur Machteroberung des Proletariats.“ (Trotzki, „Übergangsprogramm“)

Im „Übergangsprogramm“ der Vierten Internationale wird dies bei wichtigen Fragen aufgezeigt, z.B. dem Kampf gegen Arbeitslosigkeit durch die Forderung nach Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle durch Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn. Es geht darum, die unmittelbaren Probleme der Beschäftigten und Jugendlichen aufzugreifen und Forderungen zu entwickeln, die keine Rücksicht auf die Erfüllbarkeit innerhalb des kapitalistischen System nehmen, sondern im Gegenteil die Notwendigkeit der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft deutlich werden lassen.

Für eine sozialistische Alternative

Trotzkis Analysen und sein Kampf für den Aufbau einer Arbeiter-Internationale und eine sozialistische Demokratie machten ihn zum Feind sowohl der Kapitalisten als auch der Stalinisten. Er wurde immer wieder ausgewiesen und landete schließlich nach der Türkei, Norwegen und Frankreich in Mexiko. Die stalinistische Geheimpolizei, GPU, verfolgte ihn und brachte ihn schließlich um. Doch rich-

tige Ideen und Überzeugungen können nicht ausgelöscht werden. Kurz vor seiner Ermordung schrieb Trotzki in seinem politischen Testament:

„Ich sterbe als proletarischer Revolutionär, als Marxist, als dialektischer Materialist und - folglich - als unversöhnlicher Atheist. Mein Glaube an die kommunistische Zukunft der Menschheit hat an Glut nichts eingebüßt.

Dieser Glaube an den Menschen und seine Zukunft gibt mir auch jetzt eine Widerstandskraft, wie sie keine Religion jemals geben könnte.

Ich sehe den breiten Streifen Grün unter der Mauer, den klaren, blauen Himmel darüber und das Sonnenlicht überall. Das Leben ist schön. Mögen es die kommenden Generationen von allem Übel, aller Unterdrückung, aller Gewalt befreien und es in vollem Maße genießen.“ ■



Trotzki in seinem Arbeitszimmer im türkischen Exil

Polen 1980

Arbeiter greifen nach der Macht

Im Sommer 1980 begann der größte Arbeiteraufstand in der Geschichte Polens. Was mit vereinzelt Streiks gegen die Erhöhung der Fleischpreise begann, mündete in eine allgemeine Erhebung der polnischen Arbeiter gegen das herrschende stalinistische Regime.

Ursel Beck, Köln

„Wir Arbeiter müssen uns als Hausherren dieser Erde und dieser Betriebe fühlen, und so werden wir uns fühlen, und so werden wir arbeiten.“ Mit diesen Worten brachte der damalige Streikführer Lech Walesa Ende August 1980 die Stimmung auf der besetzten Lenin-Werft in Gdansk/Danzig zum Ausdruck. Das aus den Vertretern der bestreikten Danziger Betriebe gebildete überbetriebliche Streikkomitee stellte eine Liste von 21 Forderungen auf, zu denen u.a. gehörten:

- Anerkennung der Gewerkschaftsfreiheit
- Garantie des Rechts auf Streik und Sicherheit für alle Streikenden
- Beachtung der in der polnischen Verfassung garantierten Freiheit der Meinungsäußerung und Pressefreiheit.

- Freilassung aller politischen Gefangenen.
- Aufhebung der Privilegien des Sicherheitsdienstes, der Miliz und des Parteiapparates, Abschaffung der Läden für Privilegierte.
- Auswahl der Manager nur aufgrund ihrer Qualifikation und nicht nach ihrer Parteizugehörigkeit
- Garantie automatischer Steigerung des Grundlohns entsprechend der Preissteigerungen
- Senkung des Rentenalters für Frauen auf 50 und für Männer auf 55 Jahre

Solidarnosc

Die herrschende stalinistische Bürokratie war absolut machtlos gegen diese Bewegung. Mit der freien Gewerkschaft, „Solidarnosc“ hatte die Arbeiterklasse die stärkste Organisation geschaffen, die jemals eine Arbeiterklasse in einem Land hatte. 10 Millionen Arbeiter und 3 Millionen Kleinbauern waren in ihrer organisiert. Aber Solidarnosc war mehr als eine Gewerkschaft. Sie war eine unabhängige Organisation der Arbeiter, die ein Jahr lang in der Gesellschaft eine Gegenmacht zu dem offiziellen Staatsapparat darstellte. Es war eine Periode von Doppelherr-

schaft. Ohne Zustimmung der spontan gebildeten Arbeiterkomitees lief in den Betrieben nichts mehr. Gegen den Willen von Solidarnosc konnte der Staat kein einziges Dekret erlassen. Die Lebensmittelversorgung wurde zum Teil von den Arbeiterkomitees selbst organisiert. Andererseits war die herrschende Bürokratie nicht ganz entmacht. Ende November 1981 spitzte sich der Kampf zwischen den in Solidarnosc organisierten aufständischen Arbeiter auf der einen Seite und der Bürokratie und ihrem Staatsapparat auf der anderen, zu. Die Frage, wer soll die Macht in der Gesellschaft haben, drängte nach einer Lösung. Die wirtschaftliche Lage wurde immer katastrophaler, es kam zu einer Radikalisierung bei Offizierschülern und Polizisten und Protestaktionen gegen die Regierung. Gleichzeitig drohte die stalinistische Führungselite mit „Sondervollmachten der Regierung“.

Machtfrage

Auf einer Präsidiumssitzung der Landeskommission der Solidarnosc beschloss die Führung unter dem Druck der radikalisierten Aktivisten, die Macht im Staat vollends zu überneh-

men. Ein „Gesellschaftlicher Volkswirtschaftsrat“ sollte berufen werden, der „in etwa die Form einer Provisorischen Nationalregierung“ übernehmen sollte. Zur Verteidigung der Herrschaft der Arbeiter sollte eine „Arbeiterwehr“ organisiert werden. Die ganze Zeit, vom Beginn der Bewegung der polnischen Arbeiterklasse bis zur Niederschlagung, gab es keinerlei Tendenzen unter den Arbeitern, die eine Wiederherstellung kapitalistischer Verhältnisse befürworteten hätten. Das Vertrauen der Arbeiterklasse in die Planwirtschaft wurde bis dahin nicht zuletzt davon genährt, dass trotz bürokratischer Herrschaft seit 1945 große Fortschritte erzielt worden waren.

Konservative Führung

Lech Walesa, der durch die revolutionäre Bewegung an die Spitze von Solidarnosc war jedoch nicht ein Revolutionär. Sein Beraterkreis bestand aus Kirchenfürsten und ängstlichen Akademikern. Deshalb wurde der Beschluss zur Machtergreifung auch nicht in die Tat umgesetzt. Das gab dem Regime um General Jaruzelski den Spielraum für den Militärputsch im Dezember 1981. Solange die Bewegung in Polen in der Offensive war, gab sie der Arbeiterklasse weltweit Vertrauen in die eigene Stärke und Hoffnung auf den Aufbau einer sozialistischen Demokratie.

Die Niederlage der polnischen Revolution war andererseits ein Wendepunkt für die Weltgeschichte. Diese politische Niederlage der Arbeiterklasse in Polen fiel zeitlich zusammen mit einer tiefen Krise der stalinistischen Wirtschaft bei anhaltendem Konjunkturaufschwung im Westen Ende der 80er Jahre. Es gab in keinem der Länder Osteuropas eine Kraft, die bewusst das Programm der politischen Revolution vertreten hätte. Die Bürokratie in Polen und Gorbatschow in der Sowjetunion nutzten die Niederlage von Solidarnosc und ihre demoralisierende Wirkung auf die Arbeiterklasse in Ost und West zur Wiedereinführung der Marktwirtschaft. Dabei wurden sie tatkräftig von den Kapitalisten und ihren Regierungen im Westen unterstützt.

Trotzkis Analyse

Trotzkis Analyse von der Unfähigkeit des Stalinismus, die Gesellschaft dauerhaft zu entwickeln und der Notwendigkeit einer

politischen Revolution, hat sich in der Nachkriegsgeschichte voll bestätigt. Polen 1980 war nur ein weiteres Glied in einer ganzen Kette von Aufständen und Revolutionen gegen die Diktatur der stalinistischen Bürokratie in den Staaten Osteuropas: 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn und Polen, 1968 in der CSSR und wiederum in Polen 1970/71 und 1976. In diesem Prozess kamen die Arbeiter immer wieder von sich aus auf Trotzki Programm der politischen Revolution – Entmachtung der Bürokratie und Aufbau einer Arbeiterdemokratie – zurück. Sie kamen nicht durch das Studium von Trotzki Schriften zu diesem Programm. Trotzki-Bücher waren überall verboten. Es war die eigene Erfahrung mit der stalinistischen Diktatur und das Vertrauen in die Fähigkeit, Wirtschaft und Gesellschaft demokratisch organisieren zu können, die Trotzki Programm für die politische Revolution immer wieder zum Kampfprogramm der Arbeiter in Osteuropa machte. Sie setzten diese Programmpunkte in den Phasen von Revolution und Doppelherrschaft teilweise bereits in die Praxis um. Die Bewegungen scheiterten aber an Mangel an einer organisierten, revolutionären Führung. Einer Führung, die entschlossen gewesen wäre, den Weg der politischen Revolution bis zu Ende zu gehen und die alte stalinistische Bürokratie vollständig zu entmachten.

Die Wiederherstellung des Kapitalismus in den Ländern Osteuropas hat sich als eine Katastrophe ohne Ende erwiesen. Der Kampf für eine sozialistische Demokratie, in dessen Dienst Trotzki sein ganzes Leben gestellt hatte, ist heute aktueller denn je. ■



Zehn Millionen Arbeiter und drei Millionen Kleinbauern waren in der freien Gewerkschaft Solidarnosc organisiert

Debatte über China

Von Mao zum Markt

Folgender Leserbrief von A. Wosniwurde uns zu dem Artikel "50 Jahre: Chinesische Revolution" (VORAN, Nr. 209) zugesandt:

Werte GenossInnen,
In dem Artikel über die chinesische Revolution hebt ihr die großen wirtschaftlichen Erfolge unter Mao hervor. In der in Hongkong erscheinenden „October Review“ wird hingegen darauf hingewiesen, dass offiziellen Statistiken zufolge Chinas BIP von 67,9 Milliarden Yuan 1952 auf 7.955,3 Milliarden Yuan 1998 wuchs, dass das Wachstum zwischen 1952 und 1978 aber nur vervierfacht worden sei, bis 1987 noch einmal verdoppelt und dann in den folgenden 11 Jahren mehr als versechsfacht worden sei. Die Erfolge scheinen also eher auf die „freie Marktwirtschaft“ zurück zu führen zu sein, die inzwischen natürlich auch ihre Schwächen offenbart hat. Mein Eindruck ist, dass ihr im völligen Gegensatz zum theoretischen Erbe Trotzki's einem stalinistischen also konterrevolutionärem Regime, das überdies nicht aus einer proletarischen Revolution hervorgegangen ist und deswegen keinerlei Entwicklungstendenzen in Richtung Sozialismus in sich bergen konnte, zuviel Kredit gebt.

Da die im Leserbrief aufgeworfenen Fragen von großer Bedeutung sind, widmen wir diesem Thema einen ausführlichen Artikel.

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln spricht von Wachstumsraten in China, die im Jahresschnitt 1990-1997 bei 10,3 Prozent lagen und in den letzten Jahren auf 1998 8,8% und 1999 7,8% zurückgegangen sind. Die offiziellen Zahlen müssen jedoch mit Vorsicht genossen werden. Das „Asian Wall Street Journal“ warnt vor Fälschungen und meint, dass seitdem von Peking ein Wachstum von 8% „verlangt“ wird, es keine Provinz mehr wagt, niedrigere Zahlen zu vermelden.

Die Neue Züricher Zeitung betrachtet Chinas wirtschaftliche Situation mit Skepsis: „Selbst das Statistische Zentralamt gibt heute zu, dass die von den Provinzbüros gelieferten Daten grotesk übertrieben waren und dass man sich auf ein offizielles Wachstum von 7,1% „einigte“. Selbst dies ist wahrscheinlich stark übertrieben. Verlässliche, aber seltener publizierte Indikatoren wie die Fixed-Asset-Investitionen, die um die Hälfte zurückgingen, oder die Lagerbestände im Warenmarkt sprechen eine andere Sprache. Rawski (China-Spezialist und Professor) glaubt daher, dass auch 1999 das reale Wachstum unter 5% lag. Dieses Resultat wäre für eine Industrienation erfreulich, scheint aber für ein Entwicklungsland wie China, das von einer weit niedrigeren Basis ausgeht, bedenklich, vor allem, wenn man bedenkt, dass etwa die Hälfte des Wachstums von staatlichen Infrastrukturprogrammen kommt, die größtenteils als marktfremd einzustufen sind.“ (NZZ, 02.06.2000)

Bürokratische Planwirtschaft: Machtkämpfe erwürgen Wirtschaft

Die Kämpfe um Machterhaltung innerhalb der chinesischen Bürokratenclique machten Fortschritte der Planwirtschaft immer wieder zunichte. Unter Mao's „Großer Sprung vorwärts“ (1958-1960), sollten alle ChinesInnen blindlings Stahl produzieren, egal wie und zu welcher Qualität. Die fehlenden Arbeitskräfte in der Landwirtschaft führten zu Hungersnöten mit 40 Millionen Todesopfern (nach heutigen Angaben der KPCh). 1962 war der Stand der Produktion in der Schwerindustrie auf den Stand 1957 zurückgefallen. Die „große Kulturrevolution“ in den späten 60ern, die vorrangig zur Festigung der Machtposition Maos diente, brachte lokale und überregionale Wirtschafts- und Regierungsgremien zum Erliegen und führte zu massiven Einbrüchen in der Wirtschaft.

Die wirtschaftliche Lage Chinas ist jedenfalls alles andere als einheitlich, gesund und stabil zu bezeichnen. Während in den alten Industriestädten Fabrikschließungen und Massenentlassungen auf der Tagesordnung stehen, gibt es Sonderwirtschaftszonen (SWZ), in denen das Wirtschaftswachstum drei- oder viermal so hoch liegt wie im Landesdurchschnitt. Dort herrschen paradisiische Steuerverhältnisse für internationale Unternehmen. Für Arbeitnehmer wurden moderne Sklavenverhältnisse eingeführt. Die wirtschaftliche Kluft ist so groß, dass zum Beispiel die Stadt Shenzhen, die zu den ersten SWZ gehörte, mit einem 4 Meter hohen Metallzaun vom übrigen chinesischen Staatsgebiet abgetrennt ist.

Viel Staat in Chinas Marktwirtschaft

Die Wirtschaftszahlen sind unsicher. Sicher in China sind jedoch wachsende Armut, Massenarbeitslosigkeit und steigende Ungleichheit. Von Erfolgen der „freien Marktwirtschaft“ ist auch deswegen schwer zu sprechen, da die chinesische Marktwirtschaft so frei und neoliberal gar nicht ist. Gewisse Erfolge sind gerade darauf zurück zu führen, dass es hier immer noch einen sehr hohen staatlichen Anteil an der Gesamtwirtschaft gibt und darauf, dass China kein klassisch kapitalistisches Land ist.

Die chinesische KP-Regierung ist Anfang der 90er Jahre beim Anblick des Zusammenbruchs der Ex-UdSSR bezüglich demarktwirtschaftlichen Kurses in die Bremsen gestiegen. Hätten die „freien Kräfte des Marktes“ sofort vollkommen freies Spiel bekommen, hätten die Verwüstungen größere Ausmaße als in der UdSSR annehmen können. Dort hat die Restauration der Marktwirtschaft zu einem totalen Zusammenbruch der Wirtschaft geführt. 10 Jahre nach der Öffnung ist keine Erholung in Sicht.

Die chinesische KP-Regierung schreckt heute noch aus Angst vor sozialen Unruhen vor selbstgesteckten Privatisierungs-Zielen zurück. Täglich gibt es Protestmärsche, Streiks und Fabrikbesetzungen von Arbeitern und Arbeiterinnen, Studierenden und Arbeitslosen. Bis heute konnte durch brutale Unterdrückungsmethoden der Aufbau von national vernetzten, demokratischen Organisationen verhindert werden. Die Angst vor breit organisiertem Widerstand lässt die Herrschenden jedoch zaudern.

Der Staat subventioniert die Produktion von Kohle-, Erdgas-, Kunststoffen- und der Getreideverarbeitungsindustrie. Die enorm hohen Staatsausgaben ließen das Haushaltsdefizit 1999 um 56% auf rund 17 Milliarden US-Dollar steigen. Aus privatwirtschaftlicher Sicht hätten bis zu 34 Millionen Arbeitskräfte im Staatssektor längst entlassen werden müssen. Mit dem Eintritt in die WHO (Welthandelsorganisation) wird der radikale Umbau der Wirtschaft nun forciert. Die Liberalisierung der Telekommunikation, der Finanzmärkte und des Agrarmarkts wird vorangetrieben. Die Zölle auf importierte Agrarprodukte werden drastisch herabgesetzt, sämtliche Export-Subventionen werden gestrichen. Dies wird die Lebensbedingungen der chinesischen Massen rapide verschlechtern. Ein wirtschaftlicher Zusammenbruch ähnlich wie in Indonesien ist nicht auszuschließen.

Keine Sekunde Sozialismus in China

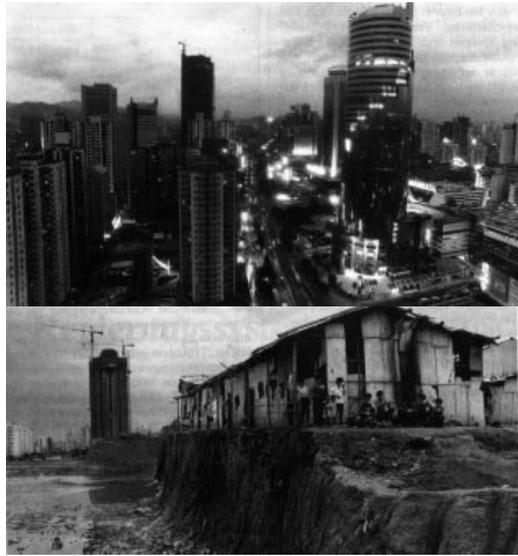
Selbstverständlich handelte es sich in China nach 1949 nicht um ein sozialistisches Land oder um eines, welches sich in Richtung Sozialismus entwickelte. Der Artikel in der VORAN Nr. 209 erklärt deutlich: „Das System in China war in keiner Sekunde sozialistisch. Es gab keine Arbeiterdemokratie, keine demokratische Kontrolle, keinen Internationalismus. Die Verstaatlichungen wurden von oben herab, mit bürokratischen Mitteln vollzogen. Die Arbeiterklasse hatte keinen Anteil an diesem Prozess. Mao installierte nach 1949 einen bürokratischen Staat mit zentralisierter Kommandowirtschaft. Er fing dort an, wo Stalin aufgehört hatte. Dennoch wurden zunächst auf Grundlage der Planwirtschaft enorme wirtschaftliche Erfolge erzielt.“

In den stalinistischen Staaten herrschte eine Bürokratie, die über der Bevölkerung schwebte und durch repressive Mittel ihre Privilegien zu sichern suchte. Trotzki's Umgang mit der UdSSR, welche allen spä-

teren stalinistischen Staaten zum Vorbild diente, bestand darin, die undemokratischen Herrschaftsmethoden bis aufs äußerste zu bekämpfen, gleichzeitig aber die wirtschaftlichen Erfolge gegenüber der kapitalistischen Marktwirtschaft zu verteidigen und aufzuzeigen, was bei einer demokratischen, von Arbeiterräten geführten Planwirtschaft möglich wäre.

Planung contra Anarchie

Marktwirtschaft bedeutet auf wirtschaftlichem Gebiet Anarchie und Chaos. Profite zählten mehr als gesellschaftliche Fortschritte und verhindern diese. Produkte werden auf den Markt geworfen, in der Hoffnung, diese zu verkaufen. Umwelt- und soziale Auflagen werden im großen



Zweimal Shenzhen: Oben Skyline, unten Behausung von Wanderarbeitern

Stil missachtet. Der Kampf um Rohstoffe und Märkte endet in Krieg. Marktwirtschaft heißt Reichtum und Macht für einige wenige; Verwüstung und Zerstörung für die Mehrheit der Menschen und für die Natur. Innerhalb eines kapitalistischen Multi-Konzerns wird die Planung (selbst über Ländergrenzen hinweg) als selbstverständlich angesehen, außerhalb des Betriebes soll dann unsinnigerweise der Markt entscheiden. Auch die kapitalistische Kriegs-Planwirtschaft im ersten und zweiten Weltkrieg hat in kürzester Zeit die für die Kriegsproduktion gesteckten Ziele erreicht. Aufgrund der Überlegenheit einer geplanten Wirtschaft können, selbst mit einer konterrevolutionären, vollkommen unfähigen Bürokratie an der Spitze, höhere Wirtschaftserfolge als in der Marktwirtschaft erreicht werden. Dies schließt natürlich nicht aus, dass die Bürokratie zur absoluten Bremse der Produktion werden kann oder durch Misswirtschaft, Diktatur und Repression die erreichten Erfolge zunichte machen kann. (siehe Kasten: Machtkämpfe)

Genau dies war der Fall in den ehemaligen Ostblockstaaten, dies führte zum Niedergang der Produktion und zum Sturz der Bürokratie Ende der 80er Jahre. In China wurden schon von 1978 an weitgehende marktwirtschaftliche Reformen eingeführt.

Im Gegensatz zur Marktwirtschaft in Indien, welches 1949 ein vergleichbares Niveau hatte, hat die zentralisierte, verstaatlichte Planwirtschaft in China die Industrie nach 1949 jedoch zunächst aufbauen und um große Schritte nach vorne bringen können. Trotz der katastrophalen Misswirtschaft der Bürokratie hat der Stalinismus für die breite Masse der Bevölkerung eine Hebung der kulturellen und ökonomischen Verhältnisse bedeutet. In Indien hat sich der Lebensstandard in den ersten 20 Jahren um 20% verringert, während er sich in China um 130% erhöht hatte, die chinesische Lebenserwartung war 1980 mit 60-75 Jahren doppelt so hoch wie die in Indien. In den letzten zwei Generationen ist sogar die durchschnittliche Körpergröße um 3 Zoll (7,5 cm) zurückgegangen.

Marktwirtschaft hat der Menschheit nichts zu bieten

Für die Mehrheit der ChinesInnen bedeuten die Veränderungen der letzten 20 Jahre, vom Fegefeuer in die Hölle gekommen zu sein. Die massive Zerstörung von Arbeitsplätzen heißt für Millionen den Verlust von sozialer Absicherung, von Wohnungen, Gesundheitsversorgung und Altersversorgung. Das Recht auf Bildung besteht theoretisch, ist aber praktisch vom Geldbeutel der Eltern abhängig. Die Analphabetenquote, die zwischenzeitlich auf 5% gesenkt werden konnte, liegt heute bei 16-20 Prozent. Kinderarbeit und Prostitution ist weit verbreitet. Auf dem Lande wird das Überleben immer schwieriger, die Menschen flüchten in Scharen in die Städte. Ausländische und private Firmen bieten keinerlei Sozialleistungen, geschweige denn demokratische Rechte, dafür aber vorkapitalistische Arbeitsbedingungen und Löhne oft unter zwanzig Dollar im Monat. Die alten Bürokraten sind zu Managern und Privatunternehmern mutiert, die um sich greifende Korruption ist nicht zu stoppen. Die Luft- und Wasserverschmutzung nimmt bedrohliche



Rückzug

Nach 22 Jahren militärischer Besatzung haben die Israelischen Verteidigungskräfte (Israeli Defence Forces, IDF) endgültig den Libanon verlassen. Während der Besatzung wurden zehntausende libanesischen Zivilisten getötet und hunderttausende zu Flüchtlingen.

Eine der effizientesten und bestbewaffneten Streitkräfte der Welt – die IDF – wurde von einer islamischen Freiwilligen-Guerilla von etwa 5.000 Mann besiegt.

Die Unterstützung für die Hizbollah wuchs, weil viele Libanesen sie als die einzigen Leute ansahen, die gegen die verhassten Besatzungskräfte Widerstand leisteten. Als Folge dieser Unterstützung konnte Hizbollah blitzartige Überfälle organisieren. Die IDF-Besatzung wurde in Israel auch zunehmend unpopulär. Viele Israelis aus der Arbeiterklasse sahen es als blutigen Morast für Wehrpflichtige, der Israels nördliche Städte Hizbollah-Angriffen aussetzte.

Die israelische Regierung wollte einen geordneten Rückzug im Rahmen von Friedensverhandlungen mit Syrien, doch am Ende mussten die IDF innerhalb von 48 Stunden abziehen und regelrecht die Flucht ergreifen. Die arabischen Massen, vor allem in den von Israel besetzten Gebieten, feierten diesen Rückzug als großen Sieg und fühlten sich ermutigt, für einen eigenen Staat zu kämpfen. Allerdings wird das religiös-reaktionäre Regime die sozialen Probleme der Massen im Libanon nicht lösen.

Lehrerstreik

Seit Februar sind 27.000 LehrerInnen in der Westbank im Streik und fordern die Umsetzung des Dienstleistungsgesetzes und demokratische Wahlen zur Lehrernengewerkschaft. Das von Arafat 1998 gebilligte Dienstleistungsgesetz erhöhte das Lehrergehalt auf 2.000 NIS im Monat. Es wurde in Gaza umgesetzt, aber nicht in der Westbank. Tatsächlich erhielten palästinensische LehrerInnen dort dieses Gehalt nur für einen Monat und wurden danach wieder auf den ursprünglichen Hungerlohn (350\$) gesenkt. Die Palästinenserbehörde gab die Finanzlage als Entschuldigung an.

Der Streik wird gegenwärtig ausgesetzt, wegen der kürzlichen Erhebung der PalästinenserInnen gegen die israelische Armee, bei der es sechs Tote und 1.000 Verletzte gab. Im Februar demonstrierten Tausende SchülerInnen gegen die Entlassung streikender LehrerInnen. Wenn auf die Forderungen nicht eingegangen wird, soll der Streik am Beginn des neuen Schuljahrs im September wieder aufgenommen werden. Zwei der StreikführerInnen, Omar Sharouf und Omar Assaf, werden während dem Streik verhaftet und werden immer noch grundlos festgehalten.

Generalstreik

Am 10. Mai streikten mehr als vier Millionen Arbeiter in Südafrika. Nach sechs Jahren der „Demokratie“ in Südafrika verdient die Hälfte der Bevölkerung heute weniger als zu Zeiten der Apartheid. Die Hälfte aller Schulen bekommt keinen Strom, hunderttausende Obdachlose wohnen in Zeltlagern. Statt der versprochenen 30 Prozent Landesverteilung hat die Regierung nur 2 verteilt. 300.000 Arbeitsplätze im Bergbau und 170.000 im öffentlichen Dienst wurden abgebaut. Noch ist der Gewerkschaftsverband COSATU mit dem ANC, der Regierungspartei, in einer Allianz. Die Gewerkschaftsführer haben lange versucht, ihre Mitglieder ruhig zu stellen, aber die Provokationen der Regierung gegen die Arbeiter hat diese in den Widerstand getrieben.

Ausmaße an, Seuchen und Krankheiten aus der Zeit vor 1949 treten wieder auf.

Maos Stalinismus bot sicherlich eine der schlimmsten Karikaturen des „Sozialismus“. Der realexistierende Kapitalismus beweist jedoch, dass er für die Bevölkerung noch mehr Horror bedeutet.

Kim Opgenoorth

Zahlen und Quellenangaben, die nicht näher ausgeführt sind, stammen von der Bundeszentrale für politische Bildung und dem „Aktuell 2000“ bzw. der betreffenden Jahrgänge

Marktwirtschaft: Desaster für Frauen in China

Frauen sind die ersten Opfer der Massenentlassungen. Seit der Einführung des Schulgeldes bekommen viele Mädchen auf dem Lande gar keine Ausbildung mehr. Frauen sind wieder zur Ware geworden: Prostitution und Frauenhandel florieren. „Auch wenn es nicht perfekt war, gab es im Sozialismus zumindest eine berufliche Gleichberechtigung“ klagt die Journalistin Dai Qining. Nach 1949 wurden von den Kommunisten frauenfeindliche Traditionen, wie das Abbinden und Brechen der Füße, verboten. Chinesinnen durften zum ersten Mal in der Geschichte ihren Ehemann selbst auswählen und Universitäten besuchen. Heute können viele die Zustände nicht mehr ertragen: jeden Tag nehmen sich 500 Frauen das Leben. Dies ist die höchste Rate von Selbstmorderrinnen weltweit, mehr als jeder zweite weibliche Selbstmord (56%) passiert in China.

(Quelle: Kölner Stadtanzeiger, 6. Juni 00)

Was will die SAV?

Fast jede/r macht sich Sorgen um die Zukunft. Kein Zufall, denn mit der Marktwirtschaft geht es abwärts. Die Krise der Weltwirtschaft weitet sich aus. Die sozialen Folgen sind noch nicht abzusehen. Arbeitslosigkeit und Sozialabbau haben sich schon im Aufschwung verschlimmert. Weltweit finden Hunger, Elend und Kriege täglich neue Opfer. Die Zerstörung der Umwelt schreitet fort. All das hat System und das System heißt Kapitalismus.

Großkonzerne und Banken treffen ihre Entscheidungen nach Profitinteressen. Eine Minderheit besitzt die Fabriken, Banken, Immobilien und verfügt über den gesamten Reichtum. Weltweit besitzen 358 Milliardäre fast soviel wie 50 Prozent der Weltbevölkerung an Einkommen haben. Die Marktwirtschaft bietet keine Zukunft.

Widerstand
Wir organisieren Gegenwehr gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umweltzerstörung, gegen die Diskriminierung von Frauen, gegen Rassismus und Neonazis. Wir sind aktiv in Gewerkschaften, Betrieben, Schulen, Hochschulen und Stadtteilen. Die SAV tritt für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein. Wir beteiligen uns am Aufbau von innergewerkschaftlichen Oppositionsgruppen und anderen Zusammenschlüssen von kritischen und kämpferischen KollegInnen.

SAV
Die Sozialistische Alternative (SAV) wurde 1994 um die sozialistische Zeitung VORAN gegründet. Gründungsmitglieder waren aktive Antifaschistinnen, kritische GewerkschafterInnen, Jungsozialistinnen, linke SPD und PDS-Mitglieder. Die SAV ist demokratisch aufgebaut. Wir setzen uns in der Arbeiterbewegung dafür ein, daß gewählte Vertreter nicht mehr verdienen, als einen durchschnittlichen ArbeitnehmerInnen. Dieses Prinzip setzen wir bei uns selber um. Solidarität

Um an der Macht zu bleiben, müssen die Herrschenden versuchen, die Massen der arbeitenden Bevölkerung gegeneinander auszuspielen. Gemeinsamer Widerstand ist notwendig: Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer, jung und alt. Der Kapitalismus ist international, der Kampf dagegen auch. Die SAV hat sich mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus über 30 Ländern im „Komitee für eine ArbeiterInternationale“ zusammengeschlossen um den Kampf über Ländergrenzen hinweg organisieren zu können.

Neue sozialistische Arbeiterpartei
Die SPD/Grünen-Bundesregierung hat unter Beweis gestellt, dass sie die Macht und die Herrschaft der Banken und Konzerne nicht in Frage stellt, sondern ihre Politik nach den Interessen der Reichen und Superreichen ausrichtet. Die Krise der Marktwirtschaft wird auch unter der

Schroder/Fischer-Regierung auf die Masse der Bevölkerung abgewälzt. Sozialabbau und Privatisierungen auf der einen Seite und Steuererleichterungen an die Unternehmer auf der anderen Seite sind auch nach dem Regierungswechsel an der Tagesordnung geblieben. Einen Politikwechsel hat es nach dem Regierungswechsel nicht gegeben. Neu ist nur, dass Deutschland wieder Kriege führt. Die PDS wird ihrem Anspruch sozialistische Opposition zu sein nicht gerecht. Sie nutzt ihre Unterstützung unter ArbeiterInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen nicht, um außerparlamentarischen Widerstand zu organisieren. Stattdessen hat sie auf Kommunal- und auf Länderebene begonnen, Privatisierungen und Kürzungen mitzutragen. Die PDS akzeptiert die Marktwirtschaft und damit auch die Folgen der Krise der Marktwirtschaft für die Masse der Bevölkerung.

Um den Kapitalismus abzuschaffen und durch eine sozialistische Demokratie zu ersetzen, bedarf es einer revolutionären, sozialistischen Massenpartei. Die SAV baut eine solche Partei auf.

Heute hat die Arbeiterklasse keine Massenpartei, die ihre politische Vertretung darstellt. Eine neue Massenpartei von ArbeiterInnen und Jugendlichen wäre ein großer Fortschritt, selbst wenn diese kein konsequentes sozialistisches Programm vertreten würde. Sie würde Massen von ArbeiterInnen und Jugendlichen die Möglichkeit geben, sich von den bürgerlichen Parteien unabhängig zu organisieren und für Ihre Interessen einzutreten. Die SAV tritt in jeder Situation für die Einheit der Arbeiterklasse in der Aktion ein und wird Ansätze zu neuen, breiten Arbeiterparteien unterstützen.

Die SAV verbindet den Kampf um Verbesserungen mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft.

Sozialismus
Bei planmäßigem und sinnvollem Einsatz von Wissenschaft und Technik wäre es möglich, allen Menschen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren. Das Übel muß an der Wurzel gepackt werden, der Kapitalismus gehört abgeschafft. Es gibt eine Alternative zu dem heutigen System. Die Alternative ist Sozialismus, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Sozialismus braucht Demokratie, wie der Körper Sauerstoff. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher im Osten, noch die Diktatur der Konzerne und Banken.

Die großen Konzerne, Banken und Versicherungen müssen enteignet, in Gemeineigentum überführt und unter demokratische Kontrolle gestellt werden. Wir brauchen eine geplante Wirtschaft in der die Bedürfnisse der Mehrheit der Menschen entscheiden und nicht die Profite einiger Weniger.

Wofür wir kämpfen:

Arbeit für Alle

- ★ Öffentliche Investitionen und Neueinstellungen in den Bereichen Umweltschutz, Bus und Bahn, Wohnen, Kindergärten, Bildung und Ausbildung, Gesundheitswesen, Altenpflege.
- ★ Finanzierung mit den Milliardengewinnen der Banken und Konzerne und den Geldern die sich in den Taschen der Superreichen befinden.
- ★ Verteilung der Arbeit auf Alle
- ★ 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ★ Qualifizierte Ausbildung für jede/n und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf
- ★ Mindestsicherung (Mindestlohn, Mindestrente) von 2000 DM netto
- ★ Gleicher Lohn in Ost und West
- ★ Rücknahme aller Sozialabbau- und Kürzungsmaßnahmen der Kohl-Regierung und der SPD/Grünen Koalition
- ★ Nein zu Privatisierungen
- ★ Für ein öffentliches, kostenloses Gesundheitswesen

Frauen

- ★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- ★ Weg mit dem Paragraph 218
- ★ Kostenlose Kinderbetreuung ab dem 1. bis zum 13. Lebensjahr

Umweltschutz

- ★ Sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke und Stopp von umweltzerstörender Produktion, Ersatzarbeitsplätze für die Beschäftigten
- ★ Ausbau des öffentlichen Verkehrs

Bezahlbare Wohnungen

- ★ Öffentliches Wohnungsbauprogramm von einer Million Wohnungen pro Jahr
- ★ Verbot von Maklerstätigkeit, kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung

Gegen staatlichen Rassismus

- ★ Weg mit den Ausländergesetzen
- ★ Wahlrecht und gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen
- ★ Keine Abschiebungen

Keinen Fußbreit den Nazis

- ★ Mobilisierung zur Verhinderung aller Nazi-Aktivitäten

Abrüstung jetzt

- ★ Qualifizierte Aussetzung der Bundeswehr
- ★ Stop von Rüstungsexporten
- ★ Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion

Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften

- ★ Nein zu Lohnverzicht, nein zu Bündnissen und runden Tischen mit Unternehmern und Regierung
- ★ Funktionäre dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn

Nein zum Europa des Kapitals

- ★ Gemeinsamer internationaler Kampf gegen Sozialabbau
- ★ Nein zum „Euro“, nein zur Europäischen Währungsunion

Für eine sozialistische Demokratie

- ★ Überführung der Banken, Konzerne, Versicherungen in Gemeineigentum
- ★ Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung
- ★ Keine überbezahlten und korrupten Manager und Bürokraten in Wirtschaft und Verwaltung, Demokratische Wahl aller Personen in Leitungsfunktionen.
- ★ Statt Produktion für den Profit - Produktion für die Bedürfnisse der Menschen

Buchbesprechung „Die Russische Revolution 1917“

Kein anderes Ereignis hat das Gesicht der Welt so geprägt, wie die Russische Revolution. Zum ersten Mal in der Geschichte haben die unterdrückten Menschen in einem Land die alte, verkommene Regierung verjagt und haben sich eine neue Regierung aus ihren eigenen Reihen gegeben.

Angeführt von der Kommunistischen Partei wollte die Mehrheit der Arbeiterklasse den Sozialismus erkämpfen. Eine genaue Kenntnis vom Ablauf der Russischen Revo-

lution ist daher für jeden, der sich mit revolutionären Ideen auseinandersetzt, unerlässlich.

Wolfram Kleins Buch ist ein hervorragender Einstieg in dieses Thema. In moderner Sprache werden alle relevanten Fragen, die im Zusammenhang mit der Russischen Revolution aufgeworfen werden, beantwortet. Der Autor reißt nicht einfach die Ereignisse in chronologischer Form aneinander. Er führt den Leser gekonnt zurück an den Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts nach Russland. Es gelingt ihm, nicht nur Informationen zu vermitteln, sondern dem Leser auch ein Gefühl für die Situation der Menschen in dieser Epoche zu geben.

Form, mit zahlreichen Bildern, einer Zeittafel, einem reichhaltigen Glossar und einer Auswahl von Kommentaren der deutschen Revolutionärin Rosa Luxemburg im Anhang, ist dieses Buch die beste Einführung in die Geschichte der Russischen Revolution.

Johannes Bauer, Köln
Wolfram Klein, Die Russische Revolution 1917, ca. 100 Seiten, DM 10,- plus Porto, zu beziehen über die Redaktion



lution ist daher für jeden, der sich mit revolutionären Ideen auseinandersetzt, unerlässlich.

Wolfram Kleins Buch ist ein hervorragender Einstieg in dieses Thema. In moderner Sprache werden alle relevanten Fragen, die im Zusammenhang mit der Russischen Revolution aufgeworfen werden, beantwortet. Der Autor reißt nicht einfach die Ereignisse in chronologischer Form aneinander. Er führt den Leser gekonnt zurück an den Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts nach Russland. Es gelingt ihm, nicht nur Informationen zu vermitteln, sondern dem Leser auch ein Gefühl für die Situation der Menschen in dieser Epoche zu geben.

An keiner Stelle versucht der Autor, den Eindruck zu erwecken, er ginge unparteiisch an die Thematik heran. Wolfram

ANZEIGE

www.gigi.de

Gigi

Zeitschrift für sexuelle Emanzipation

2/99 Stonewall
3/99 Antisemitismus
4/99 Identität
5/99 Bevölkerungspolitik
1/00 Homo-Ehe
2/00 Geschichtsproduktion

Ein kostenloses Probeheft ist zu beziehen über:
Redaktion Gigi • Postfach 08 02 08 • D-10002 Berlin
tel&fax: 0180/ 44 44 94 5 • redaktion-gigi@whk.org

Sozialistische Alternative - Ortsgruppen

- Aachen**
OG Ost: Dienstags, 19 Uhr, Sedan Eck, Adalbertsteinweg 233
OG Nord: Mittwochs, 19 Uhr, Sedan-Eck, Adalbertsteinweg 233
OG West: Mittwochs, 19 Uhr, Cafe Mondo, Welt-Haus, An der Schanz 1
OG Mitte/Süd: Mi. 19 Uhr, Ché-Haus, Pontstraße 41
Infos unter Tel. (0241) 508685 im SAV-Büro
- Berlin**
OG Treptow-Köpenick: Mittwochs 19 Uhr, Selbsthilfezentrum, Fennstr. 31, S-Bahnhof Schönneweide
OG Prenzlauer Berg: Montags 19 Uhr, „Kiez-Club“, Jablonskistr. 26, S-Bahn Prenzlauer Allee
Infos unter Tel. (030) 4408429 im SAV-Büro
- Bremen**
Dienstags, 19 Uhr, Jugendfreizeit-zentrum Friesenstr. 110.
Infos: Tel. (0421) / 5 57 68 97, e-mail: savbremen@nord-com.net
- Bremerhaven**
Infos unter Tel. (030)24723802 bei der SAV-Bundeszentrale
- Dresden**
Infos unter Tel. (030) 24723802 bei der SAV-Bundeszentrale
- Freiburg**
Sonntags, 18 Uhr, SAV-Büro, Krozinger Str. 58. Infos unter (0761) 4 16 32 oder www.SAV-Freiburg-Online.de
- Hamburg**
Montags, 19 Uhr, „Kölibri“, Hein-Köllisch-Platz (S-Bahn Reeperbahn). e-mail: savhamburg@gmx.de
10. 07. Thema: Wer war Leo Trotzki?
- Kassel**
Montags, 19 Uhr, Kulturzentrum Schlachthof, Mombachstr. 12, Infos unter: (0561) 9223522
- Kiel**
Infos unter Tel. (030) 24723804 bei der SAV-Bundeszentrale
- Köln**
OG Innenstadt: Dienstags, 20 Uhr, Allerweltschau, Körnerstr. 77-79
OG Kalk: Donnerstag 19.30 Uhr, „Humboldt-Eck“, Kantstr./Ecke Wiersbergstraße, U-Bahn Kalk Kapelle. Infos unter Tel. (0221) 8306381
- Rostock**
OG Rostock: Donnerstags, 19 00 Uhr, SAV-Büro, Augustenstraße 92 (Eingang über Grüner Weg), Infos unter Tel. (0381) 4996590 im SAV-Büro

- Siegen**
Mittwochs, 19 Uhr im Nordafrikanischen Verein, Frankfurter Str. 82, Nähe Löhrtor, Infos: Tel.: (0271) 51 291
- Stuttgart**
Mittwochs, 19.30 Uhr, Jugendhaus Mitte, Hohe Str. 9, Infos unter Tel.: (07 11) 242442
- Sonstige**
Kontakt zu folgenden Städten über die SAV-Bundeszentrale, Tel.: (030) 24723804: Cottbus, Darmstadt, Duisburg, Essen und Frankfurt/Main

In eigener Sache
Urlaubsbedingt erscheint die VORAN im Sommer immer mit einer Doppellnummer. Weil wir in diesem Jahr zusätzlich den Umzug der Redaktion nach Berlin berücksichtigen mussten, beträgt die Laufzeit dieser Ausgabe zweieinhalb Monate. Statt zwölf durchgehenden Seiten hat die VORAN diesmal acht Seiten und eine vierseitige Beilage. Deshalb finden sich einige Themen nicht an der gewohnten Stelle. Die nächste VORAN erscheint am 1. September. Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 14. Juni 2000.

Platz-da für Nix-da-Kampagne!

In Bremen demonstrierten am 30. Mai über 500 Jugendliche gegen die Kürzungen im Jugendtat. Die Spitze des Demozugs bildete das Transparent des „NIX-DA!“ Bündnis, das die Proteste organisiert hatte.

Dahinter folgten Sargräger, die die Bremer Jugend symbolisch zu Grabe trugen. Die Demo war aber kein

Schweigegarnsch. „Eins, zwei, drei und vier, gegen Kürzungen kämpfen wir...!“ riefen die TeilnehmerInnen. Dann wieder ein Pfeifkonzert oder Musik. Zum Schluss wurde auf dem Marktplatz ein riesiger Flickenteppich aus den Logos von 27 NIX-DA-Einrichtungen und Gruppen zusammengenäht.

Die SAV erhielt viel Applaus für ihre Rede, in der sie erklärte, dass Kür-

zungspolitik und Marktwirtschaft zusammen gehören. Der Redner betonte die Wichtigkeit des gemeinsamen Kampfes aller Betroffenen und rief zu einem bremenweiten Jugend-Streiktag auf.

„Die Demo ist ein voller Erfolg!“ sagte Simon von der SAV. „Jetzt zählt sich aus, dass wir viel Arbeit reinge-steckt haben. Wir sind jede Woche mit Sesseln, einem Kicker und Musik an verschiedenen Orten in der Stadt auf-getaucht und haben ein „obdachloses Freizi“ aufgebaut. Dort haben wir Un-terschriften gesammelt und Flugblätter verteilt. - Eine gute Möglichkeit, um Jugendliche für NIX-DA! zu interes-sieren. Wir haben an Schulen und auf Treffen der Gewerkschaftsjugend ge-dedt. Besonders stolz bin ich darauf, dass wir uns in einem so breiten Bündnis wie dem „NIX-DA!“ mit unseren Aktionsvorschlägen durchsetzen konn-ten, obwohl einige Gruppen im Bündnis oft pessimistisch waren.“ NIX-DA! hat inzwischen über 4.000 Unter-schriften gegen die Kürzungen gesam-elt. Als nächstes ist die Besetzung des Jugendhilfeausschuss geplant.



Demo des NIX-DA-Bündnisses gegen Kürzungen im Jugendbereich



„Schavan, Schavan, wir bleiben stur, wir wollen kein schlechteres Abitur“. Mit lautstarken Rufen machten 250 Stuttgarter SchülerInnen aus größtenteils 8ten und 9ten Klassen ihrem Arger Luft. Ihr Protest Mitte Mai richtete sich gegen die Verschärfung des Abiturs und die Einführung eines fünften Prüfungsfaches. Der Stuttgarter SchülerInnenrat macht seit Wochen mobil und wird von der SAV-Stuttgart tatkräftig unterstützt. Für den 16. Juni war eine landesweite Demonstration gegen die Pläne des Kultusministeriums in Baden-Württemberg angesetzt.

Kein Preis für Krieg - Kein Preis für Clinton

Unter diesem Motto trafen sich am 2. Juni 250 Aachener Bürger, um gegen die Karlspreisverleihung an Bill Clinton zu protestieren.

Bill Clinton erhält den Karlspreis „wegen seiner besonderen persönlichen Verdienste in der Zusammenarbeit mit den europäischen Staaten, für die Bewahrung des Friedens, der Freiheit, der

Demokratie und der Menschenrechte in Europa“. Zudem werde er - heißt es in der Begründung des Direktoriums der Gesellschaft für die Verleihung des Karlspreises - „für sein mutiges Einschreiten - auch unter Einsatz militärischer Mittel - zur Erhaltung von Regeln und ethischen Normen sowie der Herrschaft des Rechts“ ausgezeichnet. Bill Clinton hat gemeinsam mit den an-

deren führenden Regierungschefs der EU im letzten Jahr Krieg gegen Jugoslawien geführt. Ein Krieg, der angeblich aus humanitären Gründen geführt wurde, um das „Elend der Menschen im Kosovo zu lindern“. Wenn man nach einem Jahr Bilanz zieht, dann sieht man ein zerbrochenes Kosovo und Serbien, aber keinerlei Verbesserung der sozialen Lage auf dem Balkan und erst recht kein friedliches Zusammenleben von Kosovaren und Serben.

Es ist allerdings kein Wunder, dass ein Kriegstreiber wie Bill Clinton einen Preis verliehen bekommt, wenn man sich an-tuckt, was der Karlspreis für eine Insti-tution ist. Gegründet wurde er von dem ehemaligen Nazi Kurt Pfeiffer. Pfeiffer war erst Mitglied der NSDAP und wurde später einer der Mitbegründer der Aache-ner CDU. Im Vorstand des Karlspreises sitzen zum Beispiel Helmut Werner, Vorsitzender des Aufsichtsrates Expo 2000; Dr. h.c. Friedel Neuber, Vorsitzen-der des Vorstandes der Westdeutschen Landesbank Girozentrale. Das sind Men-schen, die mit unserem Leben wenig zu tun haben. Sie sind im Gegenteil verant-wortlich für sich verschärfende soziale Probleme in Deutschland und haben wohl kaum plötzlich ein Interesse am Schicksal anderer Menschen.

Das nahm die SAV-Aachen als Grund, um mit anderen wütenden Leuten zu de-monstrieren. Ca. 50 Leute marschierten durch die Aachener Innenstadt, um ihren Protest kund zu tun. Es war zwar eine kleine Demo und es wäre besser gewe-sen, wenn sich mehr zusammen gefunden hätten, aber es war wichtig, daß sich die Herrschenden nicht feiern konnten, ohne dass dagegen protestiert wurde. An der anschließenden Kundgebung eines breiten Anti-Clinton Bündnisses nahmen 250 Leute teil.



Das Transparent der SAV veranschaulicht Clintons „Einigungsbemühungen“ mit Jagdbombern

Jenni Wörl, Aachen

Kein Fußbreit den Faschisten

Ein breites Bündnis von der Auto-nomen Antifa bis hin zu den Ge-werkschaften hatte für den 4. Juni unter dem Motto „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbre-chen“ zu einer Demonstration ge-gen einen Naziaufmarsch in Ham-burg aufgerufen. Ca. 3.000 Antifa-schistInnen, darunter auch die Ham-burger SAV-Mitglieder, konnten die Nazis erfolgreich an einem Marsch durch das linke „Schanzenviertel“ hindern.

Ein Mitglied der SAV erklärte in sei-ner Rede, dass der Kampf gegen Ras-sismus auch immer mit dem Kampf ge-gen Sozialabbau verbunden sein muss. Von einem großen Polizeiaufgebot ge-schützt, konnten 200 Nazis jedoch ab-

seits ihrer geplanten Route marschie-ren. Mitte Mai organisierte die SAV in Hamburg-Harburg gemeinsam mit ande-ren antifaschistischen Gruppen eine „Woche gegen Rassismus und Faschis-mus“. Spontan demonstrierten 60 An-tifaschisten am Ende dieser Woche ge-gen das verstärkte Auftreten von Nazis in Hamburg-Harburg. Anlass war der Anschlag von Nazis auf das Freizeit-zentrum in der Nöldekestraße Mit-woch-Nacht. Diese hatten den Jugend-treff mit Nazi-Parolen und Plakaten be-schmiert und eine Veranstaltung be-droht. Bei den Antifa-Aktionen und ihren weiteren Aktivitäten (u.a. den Protesten gegen die Einführung von Studiengebühren) konnte die SAV Hamburg 100 Exemplare der letzten Ausgabe der VORAN verkaufen.

Der Kampf ist international

Die SAV ist Mitglied im „Komitee für eine Arbeiterinternationale“ (KAI, engl. CWI – Committee for a Workers' International). Das KAI setzt sich für die internationale Einheit der Arbeiter ein und organisiert grenzüberschreitende Gegenwehr und Solidarität. Ziel ist die weltweite Abschaffung des kapitalistischen Profitsystems und der Aufbau einer Föderation sozialistischer Demokratien. Das KAI hat Mitgliedsorganisationen in über 30 Ländern auf allen Kontinenten.



Adresse: CWI, PO Box 3688, London E11 1YE, GB
Tel.: 0044 20 8988 8777
Fax: 0044 20 8988 8774
E-Mail: inter@dircon.co.uk
website: www.worldsocialist-cwi.org

Spendet für die SAV!

Berlin wird immer mehr zur Hauptstadt des Widerstands. Berlin ist die Schnittstelle zwischen Ost und West und der Ort, an dem sich die politischen Entwicklungen in der Linken am schnellsten niederschlagen werden. All das sind wichtige Gründe, den Sitz der Leitung einer sozialistischen Partei in diese Stadt zu verlegen. Der SAV-Bundesvorstand ist sich sicher, dass mit diesem Umzug auch der Aufbau der Sozialistischen Alternative in Ostdeutschland beschleunigt wird.

Ein solcher Umzug ist mit erheblichen Kosten verbunden. Deshalb haben wir den Berlin-Fonds mit einem Ziel von 25.000 DM bis Ende Juni aufgelegt. Neben den reinen Umzugskosten werden wir einen Teil des Geldes in die Verbesserung der technischen Ausstattung der, jetzt größeren, Bundeszentrale investieren. Einen anderen Teil des gespendeten Geldes werden wir auch zur Unterstützung der Arbeit des Komitees für eine Arbeiterinternationale, der internationalen Organisation der SAV angeschlossen ist, verwenden. Eine Spende von 1000 DM an unsere nigerianische Schwesterpartei Demokratische Sozialistische Bewegung (DSM) hat unsere MitstreiterInnen dort schon erreicht.

Bei Redaktionsschluss Mitte Juni war bereits die Summe von 21.897 Mark eingegangen. Wir bedanken uns bei allen, die zu diesem tollen (vorläufigen) Ergebnis beigetragen haben. Alle Mitglieder und UnterstützerInnen, die noch nicht gespendet haben, sollten jetzt ihre Spende überweisen oder bei ihrer SAV-Ortsgruppe abgeben. Nach dem Umzug geht die Arbeit der SAV natürlich weiter und kostet auch weiter Geld. Spendet großzügig für die SAV:

Konto-Nr. 2500 59 430 Postbank Essen
BLZ 360 100 43

Wir sind umgezogen

Die Bundeszentrale der SAV und die VORAN-Redaktion sind umgezogen. Ab dem 26. 6. 2000 sind wir erreichbar unter:

NEUE ADRESSE
Sozialistische Alternative, Littenstr. 106/107, 10179 Berlin

NEUE TELEFONNUMMER
Telefon: 030-24723802

NEUE e-mail-ADRESSE
e-mail: savbund@t-online.de

NEUE FAX-NUMMER
Fax 030-24723804

UNSERE HOMEPAGE
www.sav-online.de



VORAN

Solidaritätspreis 3,- DM

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

VORAN Nr. 216 Juli / August 2000

1,- DM Solidaritätspreis 3,- DM

SAV

(030) 24 72 38 02

Anrufen, Informieren, Mitmachen

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen

NPD stoppen!

Mitte Februar diesen Jahres zog die Bundeszentrale der NPD, (Nationaldemokratische Partei Deutschland), in die Seelenbinder Straße 42 in Berlin-Köpenick. Seit sie sich mit ihrem Hauptquartier in Köpenick eingenistet hat, vergeht kaum eine Woche, in der die NPD keine Aufmärsche in Berlin oder Brandenburg anmeldet.

Immer wieder sind Mitglieder der NPD an Überfällen und Attentaten beteiligt.

Rüdiger Klaasen (ehemaliger Kreisvorsitzender der NPD-Hagenow) wurde 1994 wegen versuchten Mordes zu 3 ½ Jahren Gefängnis verurteilt, nachdem er zusammen mit dem Landesvorsitzenden Heinrich Förster 1992 zu einem Angriff auf ein Asylbewerberheim angestiftet hatte. Manfred Roeder, der 1998 Bundestagskandidat für die NPD war, wurde 1982 zu 13 Jahren Gefängnis verurteilt. Er hatte die „Deutsche Aktionsgruppe“ gegründet, die für einen Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim verantwortlich ist, bei dem zwei vietnamesische Flüchtlinge getötet wurden.

Wie die NPD stoppen?

Die NPD und andere Nazi-Parteien sind immer noch eine kleine Minderheit. Die Faschisten können durch eine Massenmobilisierung durch Gewerkschaften, Antifa-Organisationen und linke Parteien gestoppt werden. In Göttingen beispielsweise ist es solch einem Bündnis mehrfach gelungen, Naziaufmärsche zu verhindern.

Die Mobilisierung gegen Nazis muss Hand in Hand damit gehen, die Scheinargumente der Faschisten zu entlarven, die Bevölkerung über ihre wahren Absichten aufzuklären und deren sozialer Demagogie echte Lösungen zur Abschaffung von Armut und Arbeitslosigkeit entgegen zu setzen. Nicht die Menschen im Asylbewerberheim neben nehmen den Menschen die Arbeitsplätze weg, sondern die Bosse in den Konzernbetrieben.

Die etablierten Parteien schaffen mit ihrer Politik des sozialen Kahlschlags und rassistischer Gesetzgebung den Nährboden für die Faschisten. Kampf gegen Faschismus heißt deshalb auch Kampf gegen Sozialabbau und

gegen jede Form von Diskriminierung. Die letzte Ursache für Massenarbeitslosigkeit, Kürzungspolitik und dem Wiedererstarken der Faschisten ist die Krise des kapitalistischen Systems. Konsequenter Antifaschismus muss logischerweise auch konsequenter Antikapitalismus sein.

Demonstration gegen die NPD-Zentrale

Die SAV setzt sich innerhalb der Gewerkschaften und der Linken für möglichst breiten Widerstand gegen die Nazis ein und ergreift gleichzeitig selbst die Initiative. Sie versucht mit Infoständen über die Gefahren der NPD aufzuklären und plant zusammen mit JRE (Jugend gegen Rassismus in Europa) eine Demonstration gegen die NPD-Zentrale mit möglichst bundesweitem Charakter im Herbst dieses Jahres.

Weitere Infos für alle, die sich an der Mobilisierung und der Demo beteiligen wollen, gibt es unter Tel.: 030-4408429.



Geschichte der NPD

Die 1964 in Hannover gegründete NPD gehört zu den ältesten Nazi-Parteien im Nachkriegs-Deutschland. Mitte bis Ende der 60er Jahre setzte die NPD hauptsächlich auf das Antreten bei Wahlen und konnte einige Erfolge verbuchen, bei den Landtagswahlen 1968 in Baden-Württemberg erreichten sie sogar 9,8 Prozent. Doch nachdem sie bei den Bundestagswahlen 1969 knapp an der 5-Prozent-Hürde, und somit ihrer Wahlstrategie scheiterten, folgte ein Tief für die Partei und sie verlor Ende der 80er fast gänzlich an Bedeutung.

Sammelbecken

Unter ihrem neuen Vorsitzenden Günther Deckert fand auf dem Parteitag 1991 der Wandel von der „Wahl- zur Kampfpartei“ statt und verhalf der NPD aus der Versenkung. Die NPD entwickelte sich zur Kaderpartei und arbeitete offen mit militanten Faschisten, wie der HJ-Nachfolgeorganisation „Wiking Jugend“, zusammen. Nach den Massendemonstrationen gegen faschistische Übergriffe, Mitte der 90er Jahre, folgte eine Reihe von Verboten von Neonaziorganisationen. Die mittlerweile 6.000 Mitglieder starke NPD wurde zum Sammelbecken für die rechte Szene. Mitglieder und

zum Teil ganze Landesverbände von FAP, Wiking-Jugend oder dem Verein „Die Nationalen“ entschieden sich für den Gang in die NPD. Viele sitzen heute in führenden Positionen und bilden in der JN (Jugendorganisation der NPD) Kader aus.

So kandidierten zum Beispiel bekannte Neonazis wie Bela Ewald Althans (GdNF-Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front), Sascha Rossmüller (Nationaler Block) oder Stefan Hintze, Nationalistische Front (NF) auf NPD-Listen. Ex-Bundesführer der Wiking-Jugend, Wolfgang Naráth, wurde Bundesvorstandsmitglied der NPD.

In den letzten Jahren setzte die NPD verstärkt auf Aufmärsche wie 1997 gegen die Wehrmachtausstellung, wo allein in München zwischen 5.000 und 6.000 Neonazis demonstrierten oder am 27. Mai dieses Jahres, an dem 4.000 Faschisten durch Passau zogen. Dabei arbeitet die NPD vermehrt mit militanten Kameradschaften zusammen, die für einschüchternde Präsenz auf der Straße sorgen sollen.

Die NPD ist keine Partei wie jede andere. Sie ist ihrer Ideologie, ihrer Politik und ihren Methoden nach eine eindeutig faschistische Partei.

Mach mit bei der SAV

Ich möchte ...

- ... weitere Informationen über die SAV
- ... Mitglied der SAV werden

Infos: 030-24723802

Name, Telefon

Adresse

• Einsenden an: Sozialistische Alternative, Littenstr. 106/107, 10179 Berlin, Telefon: 030-24723802, Fax 030-24723804, e-mail: savbund@t-online.de

JA, ich möchte VORAN abonnieren:

- zehn Ausgaben zu 25 DM
- ein Förderabo mit einer monatl. Spende von ___ DM bezahlen
- zusätzlich ___ Exemplare zum Weiterverkaufen

Name Telefon

Adresse